

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- AfD-Programm schadet auch bäuerlichen Interessen
- AbL zu Mobbing und „Bauernkinder-Mobbing“
- Weidemilch in Niedersachsen
- CDU Schleswig-Holstein agrarkontra Habeck
- Andauernde Debatte um Wolf und Weidehaltung
- Hendricks-Pläne gegen Mega-Ställe scheitern (vorerst) an CDU/CSU
- Bio-Eier
- Muttergebundene Kälberaufzucht
- „Hardcore“-Frau geht auf Landwirt los
- Indien
- und ganz viele Veranstaltungshinweise...

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 22.04.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Aus aktuellem Anlass:

Pressemitteilung

AbL: AfD-Wahlprogramm schadet auch bäuerlichen Interessen

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat das neue Bundestagswahl-Programm der AfD scharf kritisiert. Die Fremden-, Flüchtlings- und auch Islam-Feindlichkeit dieser Partei vertrage sich weder mit den demokratischen Grundlagen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft noch mit den Prinzipien von Menschlichkeit und Solidarität.

Die AbL verwies darauf, dass viele Bäuerinnen und Bauern sowie Landfrauen- und Landwirte-Verbände sehr aktiv die Integration von geflüchteten Menschen in ihren Gemeinden und auch auf ihren Höfen unterstützten. Die Fluchtursachen wie Kriege, Unterdrückung, Not und Klimawandel beruhten auch auf früheren und aktuellen Maßnahmen der deutschen Regierung und der EU – z.B. mit militärischen Interventionen, Waffenlieferungen oder auch dem systematischen Pushen von Agrarüberschüssen, deren Dumping-Exporte zu Lasten der Erzeugerpreise hierzulande und auch der Berufskollegen in den Empfängerländern gehe.

Die einseitige AfD-Forderungen nach Ausrichtung der Außenpolitik „an deutschen Interessen“ und nach „diskriminierungsfreiem Zugang“ deutscher Unternehmen zu ausländischen Import- und Exportmärkten und zu Rohstoffen **setze schamlos auf Fortsetzung dieser Flucht-Ursachen.** Die AfD mache sich zusätzlich mitschuldig

an den absehbaren Folgen des Klimawandels, wenn sie - nach dem Vorbild Trumps - **den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel in Frage stelle. Geradezu abstrus sei die AfD-Forderung nach einem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. Unter dem Mantel der „Technologiefreundlichkeit“ lasse die AfD nunmehr auch frühere Positionierungen gegen die Risikotechnologie „grüne Gentechnik“ fallen. Zu dieser Begünstigung von Konzernen passe es auch, dass die AfD eine Vermögenssteuer ablehne.**

Angesichts der notwendigen internationalen bäuerlichen Solidarität sei es unglaublich und zynisch, wenn die AfD in ihrem Wahlprogramm von einer „Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft“ rede und von den „negativen Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings“. **Unter dem offensichtlichen Einfluss ostdeutscher Agrarindustrieller fordere die AfD nicht nur die „Förderung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben“, sondern auch die Förderung von „Genossenschaften“ – damit auch die weitere Zahlung von Millionen-Subventionen an riesige und bauernverdrängende LPG-Nachfolgebetriebe, die nur noch der Rechtshülle nach Genossenschaften seien.**

AbL-Vertreter Eckehard Niemann forderte Bäuerinnen und Bauern auf, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft über eine massive und unabhängige Interessenvertretung Einfluss auf Parteien und Regierungen auszuüben und sich davon nicht durch leere AfD-Floskeln ablenken zu lassen. Richtige und notwendige Bestrebungen gegen Globalisierung, Verarmung, EU-Überzentralisierung, Bürokratisierung oder Terrorismus seien konsequent fortzusetzen – allerdings nicht mit menschenfeindlichen und perspektivlosen AfD-Begründungen. *3.009 Zeichen – 9.3.2017*

Pressemitteilung

AbL gegen völkisch-reaktionäre und akzeptanzgefährdende Milchkrise-Instrumentalisierung durch die AfD

Gegen Versuche der AfD, die Milchbauern-Krise für ihre völkisch-reaktionären Ziele zu instrumentalisieren, wendet sich der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Die AbL verweist dabei unter anderem auf einen Beitrag des AfD-Ideologen Björn Höcke auf dessen Facebook-Seite, in dem dieser die Ursachen der Milchbauern-Existenzbedrohung pauschal-unkundig auf eine „falsch angelegte EU-Landwirtschaftspolitik“, die „Russland-Sanktionen“ und angebliche „Kartellstrukturen des Handels“ zurückzuführen suche. Die Soforthilfen der Bundesregierung bewerte Höcke nicht grundsätzlich als falschen und ablenkenden Ansatz, sondern lediglich als zu niedrig – zum vordergründigen Zweck der Hetze gegen „Milliarden Euro“ für die „Masseninvasion“ von Flüchtlingen. Höcke, so die AbL, versuche sich bei den Bauern vergeblich anzubiedern mit dem schwülstig-hohlen Aufruf zu einem „verantwortungsvollen Konsum“ von „fairer Milch“ als „gelebter Vaterlandsliebe“.

Während Höcke eine angeblich drohende Schlachtung deutscher Milchkühe an die Wand male, gehe der schleswig-holsteinische Landes-Fachausschuss der AfD an diesem Punkt sogar so weit, eine Stilllegungsprämie für Ställe und damit in praxi ein Milchbauernhöfe- und Milchkühe-Reduzierungsprogramm zu fordern.

Die AbL kritisiert diese „agrar- und ernährungsindustrie-freundlichen und

zugleich sachkundigen und völkisch-ideologischen Auslassungen der AfD“ wie folgt:

Die Hauptursache der Milchkrise, nämlich die von der Molkerei-, Agrarindustrie- und Bauernverbands-Lobby (und nicht vom Handel) angeheizte Überproduktion für einen ruinösen „Weltmarkt“ spiele für Höcke überhaupt keine Rolle, weil der offensichtlich nur sein AfD-Thema der Russland-Sanktionen gern auch hier platzieren wolle. Damit werde den Milchbauern nicht genützt, sondern massiv geschadet.

Wohl kaum ein Milchbauer wolle sich für eine akzeptanzschädliche Ausländer-Kampagne der AfD instrumentalisieren lassen: Die sogenannten „Sofort- und Liquiditätshilfen“ seien nicht – wie von Höcke behauptet – zu niedrig, sondern ganz im Gegenteil prinzipiell ungeeignet, an der Grundursache der ruinösen Überproduktion etwas zu ändern. Die Mengenreduktionsforderungen der Milchbauern gegenüber EU, Politik und Molkereien lehne die AfD offensichtlich ab. Die Bauern bräuchten faire Milch-Erzeugerpreise – die erreiche man aber nicht durch hohle und völkisch- ausländerfeindliche „Vaterlandsliebe“-Parolen, sondern vielmehr durch die Solidarität mit den europäischen Berufskollegen (wie beim Milchstreik) und mit den Bauern, die durch die ruinösen Dumping-Milchpulverexporte in den „Drittländern“ verdrängt werden sollten.

Völlig zu Recht habe sich deshalb der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) heftig dagegen verwahrt, dass auf AfD-Plakaten ein Foto des BDM-Sprechers Romuald Schaber mit BDM-Politikern abgebildet worden sei.

Die AbL forderte alle Landwirte dazu auf, sich auch weiterhin nicht für völkisch-rassistische und zugleich hohl-oberflächliche AfD-Parolen instrumentalisieren zu lassen: „Bauern brauchen eine partei-unabhängige, starke Interessenvertretung mit gesellschaftlicher Solidarität – und keine ausgrenzende, menschenverachtende und schädliche Schein-Unterstützung von AfD-Ideologen.“

3.385 Zeichen – 21.09.2016

Facebook-Seite von [Björn Höcke \(AfD\)](#), 23. Juni 2016: - „Kauft faire Milch!“

(...) „Gegenwärtig stehen tausende Milchbauern vor der erzwungenen Aufgabe ihrer Betriebe. Hundertausenden leistungsfähigen und gesunden Milchkühen droht der Schlachthof. 20 Cent erhalten die Milchbauern von den Molkereien für einen Liter Milch; fast 40 müßten es sein, um gut über die Runden zu kommen. Ursächlich für den Preisverfall sind eine falsch angelegte EU-Landwirtschaftspolitik, die Rußlandsanktionen und die faktischen Kartellstrukturen auf Seiten des Handels.“

Für die notleidenden Landwirte hat die Bundesregierung 100 Millionen Soforthilfen zugesagt. Man speist die Milchbauern mit durchschnittlich 1400 Euro pro Betrieb ab, während zeitgleich Milliarden Euro für eine vom deutschen Volk mehrheitlich abgelehnte Masseninvasion locker gemacht werden. Geht es noch zynischer dem eigenen Volk gegenüber?

Unsere Landwirte sichern unsere Ernährungsgrundlage. Sie erhalten darüber hinaus unsere einzigartige Kultur- und Naturlandschaft. Wir dürfen sie nicht ohne weiteres dem Spiel ungleicher Marktkräfte überlassen. Billiger Konsum ist nicht alles. Billiger Konsum kann ein Volk sehr teuer zu stehen kommen. Verantwortungsvoller Konsum ist jetzt erste Bürgerpflicht. Mit der sogenannten „fairen Milch“ erzielen die Milchbauern die Preise, die sie brauchen und die sie für ihr hochwertiges Nahrungsmittel verdienen. Faire Milch ist gelebte Vaterlandsliebe.“

Zynisches AfD-Milchbauernhöfe-Reduzierungs-Programm: Milchbauern rauskaufen?!

AfD-Landesfachausschuss Schleswig-Holstein fordert Stilllegungsprämie für Milchviehställe...

„Der Landesfachausschuss [Landwirtschaft](#) und Umwelt der AfD Schleswig-Holstein sieht einen sofortigen Handlungsbedarf in der deutschen Tierproduktion. Nahezu alle Schweine-, Rinder- und [Milchviehhalter](#) würden aufgrund stark sinkender Preise mit roten Zahlen arbeiten. Karl-Heinz Lenz, Vorsitzender des Fachausschusses: „Für das Jahr 2016 muss mit zahlreichen Insolvenzen gerechnet werden. Immer mehr deutsche Landwirte müssen um ihre Existenz fürchten, wie neueste Zahlen des Bauernverbandes belegen.“

Von der Europäischen Union bereitgestellte Hilfgelder würden von der Bundesregierung als Kredithilfen an die Bauern weiter gegeben. Diese "völlig ungeeignete Maßnahme" verschiebt die Belastungen nach Ansicht des Parteiausschusses lediglich in die Zukunft, verschlimmere die Situation und ändere nichts an den Ursachen. Die Bauern kämen auch in eine Zwangslage, da die niedrigen Preise eine Folge des schädlichen Exportverbots nach Russland sind. Dazu komme eine immer höhere Selbstversorgungsrate der chinesischen [Landwirtschaft](#). In der Folge würden die Exporte immer weiter einbrechen.

Nach Ansicht der AfD kann nur eine Kapazitätsverringering helfen. Lenz: „Der Tierbestand ist viel zu hoch und sollte durch Zuschüsse an [Betriebe](#), die ihre Produktion umstellen wollen, erreicht werden. Man sollte sogar ein Art Stilllegungsprämie für Stalleinrichtungen geben. Eine Verringerung der Tierproduktion würde wieder zu akzeptablen Preisen führen und hätte nebenbei einen positiven Effekt für die Umwelt und das Trinkwasser. Denn weniger [Gülle](#) bedeutet auch weniger [Nitratbelastung](#) im [Grundwasser](#).“ Stillgelegte Stalleinrichtungen könnten unter anderen Marktbedingungen später wieder in [Betrieb](#) genommen werden...“

Topagrar.com 11.12.2015 - Lesen Sie mehr auf:

<http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-AfD-fordert-Stilllegungspraemie-fuer-Staelle-2631304.html>

**Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) gegen
Instrumentalisierung auf AfD-Plakat:**

„Die AfD in Bayern verwendet ein Foto, auf dem der BDM-Vorsitzende Romuald Schaber im Gespräch mit Parteimitgliedern zu sehen ist, für Anzeigen und Plakate. Entstanden ist es Mitte Dezember, als sich Vertreter des BDM mit dem AfD Mittelstandsforum zu einem Sondierungsgespräch in Kempten trafen. ...

Dass ein Foto von diesem Treffen nun als Parteiwerbung dient, ärgert Schaber sehr: „Der Bundesverband ist unabhängig, parteilos und vertritt ausschließlich die Interessen der Milchviehhalter. Darauf legen wir allergrößten Wert. ...

Es sei völlig inakzeptabel, dass ein Foto, das im Rahmen eines derartigen Gesprächs gemacht wurde, nun für parteipolitische Werbezwecke genutzt werden soll, indem eine Nähe suggeriert werde, die nicht vorhanden sei. „Da ich für eine solche Verwendung des Fotos auch nicht meine Genehmigung erteilt habe, behalte ich mir vor, dagegen mit allen Mitteln vorzugehen.“

Topagrar.com vom 17.6.2016 - Lesen Sie mehr

auf: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-AfD-Bayern-nutzt-Foto-mit-Schaber-als-Wahlplakat-3684440.html>

AbL-Pressemitteilung zu „Bauernkinder-Mobbing“: AbL fordert „Null-Mobbing-Initiativen“ an den Schulen

„Bauernkinder-Mobbing“ als Teil des allgemeinen Mobbing-Problems angehen! Gegen agrarpolitische Instrumentalisierung von „Bauernkinder-Mobbing“!

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) wendet sich entschieden gegen jedes Mobbing von Schulkindern, deshalb natürlich auch gegen das Mobbing von Bauernkindern – egal ob es sich um „allgemeines Mobbing“ oder um Mobbing mit dafür genutzten Agrarthemen handelt. Die AbL appelliert aber ebenso an Medien und Politik, das tatsächliche oder behauptete Mobbing von Bauernkindern nicht für vordergründig-agrarpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Das schade einem wirklich wirksamen, gemeinsamen Vorgehen an den Schulen gegen jegliches Mobbing. Gefordert sei eine breite und nicht etwa themenspezifische „Null-Toleranz-Praxis“ gegen Mobbing - von Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Kids.

„Weil Mobbing oft eine unerträgliche Qual für Kinder schafft, ist selbstverständlich jeder Fall von Mobbing ein Fall zuviel – egal welcher Themen sich dieses allgemeine Mobbing-Problem auch bedient“, betonte AbL-Vertreter Eckehard Niemann. Für dieses themenübergreifende Angehen gegen Mobbing spreche auch, dass sich die Prozentzahlen gemobbter Kinder zwischen Bauernkindern und anderen Kindern offenbar kaum unterscheiden.

Gegen Behauptungen, dass gerade Bauernkinder besonders gemobbt würden,

sprächen auch die Ergebnisse einer aktuellen EMNID-Befragung: Demnach rangierten Bäuerinnen und Bauern ganz vorn auf Platz zwei des gesellschaftlichen Sympathie-Rankings. Von daher seien gerade auch Versuche von Vertretern der Agrarindustrie zu kritisieren, sich mit ihrem Bedauern von angeblichem oder tatsächlichem „Bauernkinder-Mobbing“ von dieser gesellschaftlichen Sympathie für Bauernhöfe und von den wahren Ursachen des Höfesterbens und berechtigter bäuerlicher Sorgen abzulenken. *1.965 Zeichen – 21.4.2017*

Dazu ein ausführlicherer Text:

„Immer mehr Bauernkinder werden gemobbt“ - so der Tenor in vielen Zeitungen und bei vielen Agrarpolitikern. Auch der Vorsitzende des niedersächsischen Kinderschutzbunds Johannes Schmidt spricht von einer „Katastrophe“, wegen der sich viele Eltern an die Sorgentelefone wenden würden. Die Sprecherin des niedersächsischen „Landvolk“-Landesbauernverbands beobachtet laut Medienberichten sogar eine regelrechte „Sippenhaft“. Der Vorsitzende des eher agrarindustriell ausgerichteten Niedersächsischen Geflügelwirtschaftsverbands Friedrich-Otto Ripke zeigte sich gar besorgt, das „Mobbing von Bauernkindern verstärke das Höfesterben“.

In anderen Zitaten ist sogar davon die Rede, dass Bauernkinder „immer wieder“ erlebten, dass auf Zetteln oder Schildern stehe, dass ihre Eltern „Mörder“ seien. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen würden auf dem Rücken von Kindern ausgetragen, ein ganzer Berufszweig werde pauschal als Tierquälerei stigmatisiert. Bauern würden angeblich „gemobbt, beleidigt, ausgegrenzt“.

Ganz im Gegensatz dazu aber ergibt eine aktuelle EMNID-Befragung eine nach wie vor sehr hohe gesellschaftliche Akzeptanz von Bäuerinnen und Bauern und bäuerlichem Leben – wenn auch mit Einschränkungen hinsichtlich Tierethik, Ökologie und Nachhaltigkeit oder der von Agrarindustrieverbänden propagierten, angeblichen „modernen Landwirtschaft“. Die gesellschaftliche Bedeutung des Berufs Landwirt wird von den Befragten ganz vorn auf Rang 2 (nach „Ärzten“) eingruppiert. Landwirtschaft wird von vier Fünfteln der Bürger – und damit noch stärker als bei vorherigen Befragungen - als Garant von „Lebensqualität“ und „Lebensfähigkeit des Landes“ sowie als wichtiger Bestandteil deutscher Kultur bewertet.

Umso stärker drängt sich die Frage auf nach dem wirklichen **Umfang des behaupteten Mobbings von Bauernkindern und Bauern**. Belastbare Zahlen darüber gibt es nicht, belegbare Beispiele ebenfalls kaum. Immerhin hat der Infodienst „agrarheute“ jüngst das Ergebnis einer Umfrage bei 811 Landwirten zu diesem Thema präsentiert. Demnach berichten 17 Prozent der befragten Eltern über Mobbing gegen ihre Kinder (ob die Kinder allgemein oder speziell wegen ihrer landwirtschaftlichen Herkunft gemobbt wurden, bleibt offen).

Dieser Prozentsatz gemobbter Bauernkinder entspricht in etwa dem Prozentsatz, zu dem Kinder generell Mobbing erleben müssen: Laut einer aktuell veröffentlichten PISA-Sonderauswertung werden hierzulande 15,7 Prozent der Neuntklässler gemobbt. Auch andere Untersuchungen kamen zu ähnlichen Zahlen der Verbreitung von Mobbing - durch Hänseleien im Unterricht oder bewusst

gestreute Gerüchte im Internet, durch Beschimpfung soziale Ausgrenzung und regelmäßige «Keile» für Außenseiter.

Weil Mobbing oft eine unerträgliche Qual für Kinder schafft, ist selbstverständlich jeder Fall von Mobbing ein Fall zuviel – egal welcher Themen sich dieses Mobbing auch bedient. Der PISA-Experte Schleicher fordert denn **auch eine „Null-Toleranz-Praxis“ von Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Kids - um deutlich zu machen, dass so etwas nicht akzeptiert werde.**

Als sinnvolles Projekt mit deutlich sinkenden Mobbing-Raten an Schulen gilt demnach das Olweus-Präventionsprogramm des norwegischen Psychologen Dan Olweus zur Verbesserung des Schulklimas und des Sozialverhaltens an Schulen. Michael Kaess, Psychologe am Uniklinikum Heidelberg und Projektleiter an einer Schule: „Es ist ein Programm, das bewusst darauf abzielt, die gesamte Anzahl aller an einer Schule sich befindenden Menschen zu involvieren. Also von der Schulleitung über die gesamte Lehrerschaft, anderes Schulpersonal, Schüler, Eltern.« Wichtig sei unmittelbares Eingreifen, so Kaess. „Mobbing lebt von Zuschauern – es darf nicht cool sein, Klassenkameraden zu drangsaliieren.“

Von daher scheint es wenig sinnvoll, ein gesondertes Themenfeld „Bauernkinder-Mobbing“ zu eröffnen, zumal mobbende Mitschüler bei der Wahl des Mobbing-Themas recht flexibel sein dürften. Bauern, deren Kinder gemobbt werden, Bauern, deren Kinder mit Agrarthemen gemobbt werden, und auch Bauern, deren Kinder nicht gemobbt werden, sollten sich – gemeinsam mit allen anderen Beteiligten an der Schule – an einem solchen Anti-Mobbing-Programm aktiv beteiligen.

Besonders kontraproduktiv sind allerdings in diesem Zusammenhang alle Versuche, das Mobbing oder auch das „Agrar-Mobbing“ von Kindern politisch zu instrumentalisieren. Bemerkenswert ist hierzu der öffentliche Kommentar einer Bäuerin auf top agrar online: „Sich anhand gemobbter Kinder profilieren zu wollen, ist genauso unredlich wie den Bauern einzureden, "die Gesellschaft" und insbesondere die Lehrerschaft sei gegen die Bauern. Es sind laut emnid Umfrage 12% der Bürger, welche die Bauern in einem negativen Licht sehen. Oder anders herum 88% ! die ein positives Bild von uns Bauern haben. Warum sollten all diese Eltern ihren Kindern einreden, Bauernkinder seien minderwertig? Jedes gemobte Kind ist eines zu viel. Gleichgültig, welchen Beruf seine Eltern haben. Aber Einzelfälle dafür zu nutzen, die Bauern in eine Depression des Berufsstandes zu treiben, das ist schlichtweg unmoralisch. Wenn die Treiber dieser Kampagne genau so viel Energie darauf verwenden würden, eine Politik voran zu bringen, die den heutigen Bauernkindern die Existenz von morgen und die finanziellen Möglichkeiten, eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft zu betreiben sichern kann - dann würde es tatsächlich weniger "Opfer" geben. Wer sich selbst zum Opfer macht, der hat schon verloren. Vielleicht findet diese Kampagne daher so viel Zuspruch?“

Neue Westfälische- 19.04.2017 - Matthias Bungeroth
Preisdruck zwingt Landwirte in OWL häufig zur Aufgabe

In NRW werden die verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe immer größer. Bezirkslandwirt Beringmeier fordert die Politik zu mehr Kooperation auf

Bielefeld. Das Höfesterben in der Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren in Ostwestfalen-Lippe mit hohem Tempo fortgesetzt. Gleichzeitig bewirtschaften die verbleibenden Betriebe jeweils eine immer größere Fläche. Das geht aus der Agrarstrukturerhebung des Landesbetriebs Statistik NRW hervor. „Wir sehen das mit Sorge“, sagt Hubertus Beringmeier, Vorsitzender des Bezirksverbandes OWL des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes.

Laut IT NRW ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 2010 bis 2016 um 5,8 Prozent zurückgegangen – von 35.750 auf 33.688. In OWL lag der Rückgang zeitgleich bei sieben Prozent, wobei die Kreise Gütersloh und Minden-Lübbecke mit je acht Prozent die Negativskala anführen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche ab 100 Hektar in NRW um 15,9 Prozent und in OWL um 17,3 Prozent. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt ging landesweit um 1,5 Prozent auf jetzt 1,44 Millionen Hektar zurück. In OWL gab es hier 2,1 Prozent Rückgang auf jetzt 322.876 Hektar.

„Viele der Betriebe hören auf, weil am Ende die Rentabilität nicht mehr stimmt“, sagt Beringmeier. In OWL seien die Hälfte der Höfe Nebenerwerbsbetriebe. Durch ein Preistief kämen nicht alle durch. „Hier findet kein Strukturwandel mehr statt, sondern ein Strukturbruch mit katastrophalen Folgen für den ländlichen Raum“, sagt NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel auf Anfrage. Wenn sich das fortsetze, „sehen wir bald keine Kuh mehr auf der Weide grasen. Hier werden am Ende die Verbraucherinnen und Verbraucher diese ruinöse Preispolitik der Discounter zahlen“.

Remmel sieht alle Marktteilnehmer in der Pflicht, hier gegenzusteuern. „Wir müssen erreichen, dass Tierschutz, soziale Standards und umweltverträgliche Produktion auf den Märkten belohnt und nicht bestraft werden“, so Remmel. Es brauche „eine verpflichtende Kennzeichnung der Haltungsform“.

„Veränderungen müssen machbar und bezahlbar sein“, sagt Beringmeier. „Die Politik sollte mit uns zusammenarbeiten und nicht gegen uns.“ Bernd Schmitz, NRW-Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, kritisiert: „Mengenwachstum alleine hat nicht dazu geführt, dass Betriebe erhalten werden.“ Dies habe eher zu mehr Druck auf den Markt geführt. „Wir sollten eine reduzierte Menge mit mehr Qualitätsorientierung anbieten.“ Darüber müsse die neue Landesregierung „eine ehrliche, offene Debatte führen“.

Deutschlandfunk - 20.04.2017 - Jantje Hannover

Milch-Zertifikat

Glückliche Kühe kommen von der Weide

Kühe stehen fast überall ganzjährig im Stall. Die wenigen, die auf der Weide grasen, geben höherwertige Milch. Weidemilch enthält Omega3-Fettsäuren und soll auch besser schmecken. Das Land Niedersachsen arbeitet seit drei Jahren an einem Label - nun kommt die zertifizierte Milch in die Supermärkte.

Viehaustrieb in Moordeich bei Bremen. Für viele Milchkühe in Niedersachsen beginnt im April die Zeit im Jahr, in der sie mehrere Monate lang nach draußen dürfen.

"Raus mit Euch! Sind sie nicht lieb? Komm, vorwärts!"

Weidende Kühe auf grünen Wiesen, das war noch vor rund fünfzehn Jahren der typische Anblick, wenn man im Auto oder Zug durch Deutschland fuhr. Heute kommt meistens nur noch das Jungvieh nach draußen. Denn das Melken von Weidetieren bedeutet eine ganze Menge zusätzliche Arbeit für den Landwirt, erklärt Kersten Nordbruch aus Moordeich: "Die müssen ja wieder reinkommen zum Melken, das machen wir nicht draußen, das ist unhygienisch. Die Milch muss ja akkurat in den Milchtank reinkommen und auch wieder gekühlt werden."

Weidekühe müssen in den Stall rein - und anschließend wieder rausgetrieben werden. Und weil sie sich so viel bewegen, geben sie weniger Milch als Stalltiere. Viele Landwirte haben daher ihr Grünland umgebrochen und in Äcker verwandelt. Aus Klimaschutzgründen ist dies jedoch nicht wünschenswert, denn dabei löst sich viel Kohlenstoff aus dem Boden, und CO₂ heizt bekanntlich den Klimawandel an.

Viele Gründe für das Weidemilchprogramm, meint der grüne niedersächsische Agrarminister Christian Meyer: "Wir haben ja sehr grünlandgeprägte Standorte, oben an der Küste, in Ostfriesland, der Wesermarsch, da gibt es keine Alternativen für die Landwirte, zu Grünland und Kühen auf der Weide, deshalb sind wir da natürlich besonders angewiesen, aber wir haben eben auch eine sehr günstige Region für Weidehaltung, für Biomilcherzeugung."

Nirgendwo sonst in Deutschland grasen heute noch so viele Kühe im Freien wie in Niedersachsen. Und damit das so bleibt, hat das Agrarministerium ein breites gesellschaftliches Bündnis aufgestellt und gefördert. Unter Federführung des Grünland-Zentrums Niedersachsen/Bremen haben Handel, Molkereien und Umweltverbände sowie die Universität Göttingen ein Label mit festen Kriterien erarbeitet, wann Milch als Weidemilch verkauft werden darf. Zu den Unterzeichnern gehören auch die Länder Schleswig-Holstein und Bremen, sagt der Minister: "Das Logo ist fertig, es gibt eine Charta, wo die klaren Kriterien drinstehen: Wieviel Tage müssen die Kühe draußen sein? 120 Tage, mindestens sechs Stunden müssen sie Weidegang mit frischem Gras haben."

Außerdem gilt: Es darf kein gentechnisch verändertes Kraftfutter zugefüttert werden, wie es sonst in der Milchviehhaltung üblich ist. "Und das wird eben auch kontrolliert, zertifiziert und überprüft." Jeder Dritte der rund zehntausend niedersächsischen Milchviehhalter erfüllt schon länger diese Kriterien – und das soll sich jetzt endlich für sie lohnen.

Viele von ihnen haben sich während der Milchpreiskrise in den letzten beiden Jahren hoch verschuldet. Nun sollen sie für das Plus an Qualität auch mehr Geld erhalten, sagt der Minister: "Das war ein Wunsch der Landwirte, mindestens fünf Cent mehr pro Liter Weidemilch muss an den Erzeuger gehen. Denn die Milchbauern sind das

Ende der Kette, und sie sind den Molkereien und dem Handel ausgeliefert."

Diese Abhängigkeit hat inzwischen auch das Kartellamt auf den Plan gerufen. Niedersachsen setzt auch auf Qualitätsführerschaft und Regionalität, um die Landwirte unabhängiger von den Preisschwankungen am Weltmarkt zu machen.

NDR - 21.04.2017

Nord-CDU will "grünere" Landwirtschaft

Mit der Berufung des Agrarwissenschaftlers Friedhelm Taube in sein Schattenkabinett setzt CDU-Spitzenkandidat Daniel Günther ein klares Modernisierungszeichen für die Landwirtschafts- und Umweltpolitik seiner Partei. Taube plädierte bei seiner Vorstellung am Freitag dafür, die gesamte Landwirtschaft zu ökologisieren. "Besser auf 100 Prozent der Flächen eine Ökologisierung der Landwirtschaft als auf 20 Prozent der Flächen Ökolandbau", nannte der parteilose Professor als Marschroute. Der 61-Jährige leitet an der Kieler Uni das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, wo er sich auch mit Öko-Landbau befasst. Seit Jahren gehört er zum agrarpolitischen Beraterkreis der Bundesregierung.

Günther: Kein Grund mehr, die Grünen zu wählen

Ihm gehe es um eine effiziente Verknüpfung der Produktion landwirtschaftlicher Produkte mit dem Klima- und Artenschutz, erläuterte Taube, der schon am CDU-Wahlprogramm mitgearbeitet hat. Er wolle auch dazu beitragen, die konservative Agrarpolitik in Berlin zu modernisieren. Landwirtschafts- und Umweltpolitik müssten sich einander annähern.

Taube spiele seit langem auf den Champions-League-Plätzen, wenn es um wissenschaftlich abgesicherte Lösungen in Konflikten zwischen Landwirtschaft und Umweltinteressen gehe, sagte Günther. Anders als der amtierende Ressortchef Robert Habeck von den Grünen bringe Taube Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang. Für Menschen, denen Ökologie wichtig ist, gebe es nun keinen Grund mehr, die Grünen zu wählen, sagte der CDU-Spitzenkandidat. Taube bekundete persönliche Wertschätzung für Habeck, der aus seiner Sicht aber keine typisch grüne Politik mache.

Habeck: "Agrarpolitische Kapitulation der CDU"

Mit einer modernen Landwirtschafts- und Umweltpolitik wolle die CDU Wähler auf dem Lande und in den Städten ansprechen, sagte Günther. Verbraucherschutz, Tierwohl und die Einhaltung von Umweltkriterien seien seiner Partei wichtig. "Das ist die agrarpolitische Kapitulation der CDU auf ganzer Linie", kommentierte Habeck. "Unter dem Strich wirbt die CDU für eine Fortsetzung der Grünen Landwirtschaftspolitik." Damit gestehe sie ein, dass ihre konventionelle Agrarpolitik gescheitert sei. "Wegen einer anderen Agrarpolitik muss man die CDU nicht mehr wählen", sagte Habeck. "Armer Bauernverband. Die CDU ruft heute auf, die Grünen zu wählen. Ein guter Tag für eine andere Agrarpolitik."

Bekanntmachung keine Garantie auf Ministerposten

Mit Taube ist Günthers sogenanntes Kompetenzteam zur Landtagswahl am 7. Mai komplett. Dazu gehören unter anderem auch Landtagspräsident Klaus Schlie (Inneres), Ostholsteins Landrat Reinhard Sager (Finanzen), Norderstedts Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (Kommunen), der Landtagsabgeordnete Hans-Jörn Arp (Verkehr) und die Hamburger Rechtsanwältin Karin Prien, die Bildungsministerin werden soll. Das Team sei eine gute Mischung aus Innovation und Tradition, Stadt und Land, sagte Taube.

Zwar könnte jeder der vorgestellten Kandidaten ein Minister werden, doch es gebe keine Garantie dafür, einen Platz am Ministertisch zu bekommen, so Günther: "Wir verteilen hier überhaupt keine Posten", sagte er bei einem Termin Anfang April, "die können alle ein Haus leiten, die können alle Minister werden." Die Menschen im Norden müssten aber bereits vor der Landtagswahl wissen, welche Persönlichkeiten für eine Landesregierung bereitstünden.

Augsburger Allgemeine - 19. April 2017 - Jörg Sigmund: **Willkommen Wolf? Die Rückkehr hat Folgen**

Die Wolf-Population wächst in Deutschland stark. Das zeigt ein Blick nach Niedersachsen. Auch in Bayern wird das Tier erwartet. Welche Folgen hat das?

Noch heißt ihn eine Mehrheit der Bevölkerung willkommen. Noch haben in Bayern erst einige Einzelgänger die Wälder durchstreift. Noch ist keines der Tiere im Freistaat besonders auffällig geworden.

Und dennoch gehen Experten davon aus, dass sich dies schon in naher Zukunft ändern könnte. So ist jedenfalls das Fazit eines Symposiums des Bayerischen Jagdverbandes in Freyung, das große Beutegreifer, wie den Wolf, zum Thema hatte.

Der Blick geht nach Niedersachsen. 2012 wurde in der Lüneburger Heide erstmals wieder ein weiblicher Wolf, eine Fähe, bestätigt. Jetzt, fünf Jahre später, leben im niedersächsischen Flachland acht Rudel, zwei weitere Paare und Einzelwölfe. Die Zuwachsraten seien beachtlich, sagt Peter Pabel, Förster in der Göhrde, dem größten zusammenhängenden Mischwaldgebiet Norddeutschlands im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Der 54-Jährige beobachtet die „faszinierende, geschützte Tierart“ seit langem. Pabel hat dabei festgestellt, dass etwa das Rotwild mit dem Wolf „recht gut klar kommt“. Die Rotwildverbände, also die Rudel, würden größer, seien aufmerksamer, wechseln schneller den Standort und formen –kommt ihnen ein Wolf zu nahe – eine „Wagenburg“ zur Verteidigung.

Pabel: „Ein starkes Alttier geht dann auf den Angreifer zu, um ihn zu vertreiben.“ Anders sehe es beim kleineren Damwild aus. Hier seien die Bestände nach der Rückkehr von Meister Isegrim gesunken. Das heißt, Damwild wird für den Wolf leichter zur Beute.

"Der Wolf erobert sich seinen Lebensraum zurück"

Der Wolf ist scheu und geht dem Menschen aus dem Weg. Falsch, sagt Pabel. Der Wolf habe sich längst angepasst und erobere sich seine Lebensräume zurück, wenngleich es in der GÖhrde bisher keine Aggression gegen Menschen gegeben habe.

Der Förster hat eine weitere interessante Beobachtung gemacht. So gehe der Wolf „völlig lässig“ mit Jagdgesellschaften, etwa auf Drückjagden, bei denen Rot-, Dam- oder Rehwild den Schützen zugetrieben werden, um. „Der Wolf schaut sich manchmal das ganze Spektakel in nicht einmal 20 Meter Entfernung neben einem Jäger an.“

Die Stimmung in der Bevölkerung und vor allem in Reihen der Nutztierhalter habe sich in Niedersachsen inzwischen verändert. Vor allem deshalb, weil der Wolf jede leichte Möglichkeit nutze, Beute zu machen – eben auch bei den häufig ungenügend geschützten Nutztieren wie Schafen. Vertreiben, sagt Pabel, lasse er sich dabei kaum.

Obergrenze für Wölfe

Rund 500 Wölfe gebe es mittlerweile in Deutschland und die Population wachse stark, betont Axel Heider, Leiter der Abteilung Forstwirtschaft im Bundeslandwirtschaftsministerium.

Er hält eine Obergrenze von 250 Tieren für denkbar. Dies setze allerdings auch die Bereitschaft voraus, Wölfe der Wildbahn zu entnehmen, also zu erlegen. Heider: „Eine Reduzierung des Bestandes darf nicht tabuisiert werden.“ Vor allem in Wohngebieten sei der Wolf nicht zu tolerieren.

Heider weiß um die Problematik. In allen EU-Mitgliedsstaaten mit Wolfsvorkommen gebe es Konflikte zwischen Wolfsbefürwortern meist aus dem städtischen Bereich und Gegnern wie Weidetierhaltern oder Jägern.

Präventionsmaßnahmen hält Heider für unverzichtbar, auch wenn sie keinen absoluten Schutz bieten würden. „Seien wir ehrlich und sagen den Bürgern, wo in etwa die Zielgröße liegt, bis zu der sich der Wolf in Deutschland ausbreiten und wieder heimisch werden soll.“

Streng geregelte Wolfsjagd nach schwedischem Vorbild

In Schweden gibt es bereits Ausnahmeregelungen, nach denen eine streng kontrollierte Jagd auf den Wolf möglich ist. In dem skandinavischen Land beläuft sich der Bestand auf etwa 380 Tiere, sagt Michael Schneider.

Der gebürtige Unterfranke ist Beamter der Bezirksregierung in der schwedischen Provinz Västernorrland und sich unter anderem mit den großen Beutegreifern wie Bär, Wolf oder Luchs befasst.

Eine dichte Bärenpopulation – in Schweden gibt es rund 2800 Braunbären – verlangsamt die Ausbreitung des Wolfes, sagt Schneider. „Das könnte“, fügt er Augen zwinkernd hinzu, „eine Lösung für Bayern sein.“

Für Bayern? Bekanntlich war Braunbär Bruno im Juni 2006 in der Nähe der Rotwand im Spitzingseegebiet erlegt worden. Er war nach 170 Jahren der erste Bär, der in Deutschland in freier Wildbahn auftrat und während seiner Streifzüge zum „Problembären“ wurde.

Zurück zum Wolf. Während Förster Pabel bei der Rückkehr von Meister Isegrim für Bayern eine ähnliche Entwicklung wie in Niedersachsen vorhersagt, spricht Beate Jessel von einem Erfolg für den Natur- und Artenschutz.

Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz macht sich für eine stärkere Unterstützung der Weidetierhaltung stark und setzt auf eine „bessere Akzeptanz des Wolfes in der Bevölkerung“. Bayerns Jägerpräsident Jürgen Vocke wiederum fordert einen „gesellschaftlichen Konsens“, sollte der Wolf tatsächlich nach Bayern kommen.

Er hält ein Wolfsmanagement für zwingend erforderlich. Eine Willkommenskultur alleine reiche nicht. Vocke: „Wenn sich die Schäden durch den Wolf massiv häufen, müssen wir auch über jagdliche Maßnahmen nachdenken.“

Pressemitteilung

AbL warnt vor Verharmlosung der Wolfsproblematik

„Den hiesigen Wölfen muss ihre eigentlich artgemäße Scheu vor Menschen rasch durch massive Vergrämung und auch durch Abschüsse wieder neu beigebracht werden.“

Rasche und ortsnahe Lösungen statt neuer bürokratischer Hürden nötig

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßt die neuerliche Feststellung des Naturschutzverbands NABU, dass der vor Jahresfrist in Niedersachsen abgeschossene Problemwolf „MT6“ ein „nicht mehr zu kalkulierendes Risiko für Menschen“ dargestellt habe und dass auch ein weiterer auffälliger Wolf möglicherweise ein Risiko für Menschen sein könne. AbL-Sprecher Eckehard Niemann unterstützt auch die NABU-Forderungen nach einem einheitlichen Umgang der Bundesländer mit auffälligen Wölfen und nach einer Ursachensuche für solches Wolfs-Verhalten.

Allerdings, so die AbL, könne man die Behauptungen des NABU nicht nachvollziehen, dass „ausgewachsene Wölfe extrem selten die Nähe zu Menschen“ suchen würden, dass „die meisten Begegnungen ungefährlich“ seien und „in der Regel auf eine naive Neugier junger Wölfe“ oder „am wahrscheinlichsten auf eine Anfütterung durch Menschen“ zurückzuführen seien.

Es sei eine Tatsache, dass nicht nur einzelne, sondern viele hiesige Wölfe die eigentlich angeborene Scheu vor den Menschen verloren hätten – was durch viele Fälle der Näherung an Menschen und durch massiv zunehmende Nutztier-Risse belegt sei. Dies nur mit dem jungen Alter von Wölfen oder mit angeblicher Anfütterung zu erklären, werde den immens gewachsenen Problemen nicht gerecht. Die wichtigste Ursache dafür bestehe in der fehlenden raschen Vergrämung von Wölfen, die Menschen, Siedlungen und Nutztierherden unnatürlich nahe kämen. Damit die in die heutige Kulturlandschaft eingewanderten Wölfe ihre eigentlich artgemäße Scheu wieder erlernten, sei nicht nur in Einzelfällen, sondern jeweils orts- und fallnah in ganzer Breite eine effektive Vergrämung mit Gummikugeln und auch mit Abschüssen unerlässlich. Eine vom NABU vorgeschlagene Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes für den Wolf (DBBW) würde hierbei lediglich neue bürokratische Hürden schaffen.

Darüber hinaus müsse endlich ergebnisoffen geklärt werden, ob die Wolfspopulation, die ja für diese Wolfsart übergreifend für Deutschland, Polen, das Baltikum und Weißrussland betrachtet und bewertet werden müsse, nicht längst eine Regulierung des Wolfsbestands rechtfertige. *2.490 Zeichen – 21.4.2017*

NABU – April 2017:

Damit Wolf „MT6“ nicht umsonst gestorben ist

Die Bundesländer müssen mehr für Vorbeugung und Monitoring tun

NABU und IFAW fordern in einem offenen Schreiben von den Bundesländern einen einheitlichen Umgang mit auffälligen Wölfen. Ein Jahr nach dem Abschuss von „MT6“ ist die Ursache für dessen Verhalten weiterhin ungeklärt.

20. April 2017 – Ein Jahr nach der Tötung des niedersächsischen Wolfes „MT6“ ziehen der NABU und der International Fund for Animal Welfare (IFAW) eine kritische Bilanz des Wolfsmanagements der Bundesländer, insbesondere im Umgang mit auffälligen Wölfen. Bis heute wurde nicht ausreichend untersucht, wodurch das auffällige Verhalten von MT6 ausgelöst wurde.

IFAW und NABU fordern mehr Qualität, Transparenz und eine bessere Vernetzung im Wolfs-Monitoring von Bund und Ländern. Vor einem Jahr wurde der erste freilebende Wolf in Niedersachsen zum Abschuss frei gegeben. Der Wolfsrüde, der einen Peilsender trug und unter dem Namen „MT6“ bekannt war, stammte aus dem Rudel, das auf dem niedersächsischen Truppenübungsplatzes Munster lebt. Er hatte sich wiederholt Menschen mit Hunden genähert und ein nach Einschätzung von Experten zuletzt unberechenbares Verhalten gezeigt. Daraufhin wurde der Wolf auf Anordnung des Landesumweltministeriums am 27. April erschossen. Die Naturschutzverbände hatten ihr Bedauern über den Tod des Tieres und zugleich Verständnis für die Entscheidung geäußert. MT6 stellte durch sein auffälliges Verhalten am Ende ein nicht mehr zu kalkulierendes Risiko für Menschen dar.

Keine Alleingänge: Wolfsberatungsstelle des Bundes immer mit einbeziehen

Durch das Bundesumweltministerium ist in einem ersten wichtigen Schritt zur Koordinierung des Wolfsmanagements die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes für den Wolf (DBBW) eingerichtet worden. Ein zentraler Baustein des DBBW ist ein Expertengremium, das die Bundesländer im Umgang mit auffälligen Wölfen berät. Diese Kompetenz sollte nun in jedem einzelnen Fall genutzt werden. Vor diesem Hintergrund appellieren die Verbände in einem offenen Brief an die Umweltminister der Länder, insbesondere bei Verdachtsfällen von auffälligen Wölfen, die Beratung durch das Wolfsberatungszentrum intensiv zu nutzen. Beim Fall des Wolfes „Pumpak“ in Sachsen – der Anfang des Jahres zum Abschuss freigegeben, und danach nicht mehr gesichtet wurde – hatten die Behörden diese Beratungsleistung nicht in Anspruch genommen.

Aus internationalen Studien ist bekannt, dass ausgewachsene Wölfe extrem selten

die Nähe zu Menschen suchen. Die meisten Begegnungen sind ungefährlich und in der Regel auf eine naive Neugier junger Wölfe zurückzuführen, die sich mit dem Heranwachsen der Tiere verliert. Wiederholte Begegnungen eines Einzelwolfes mit Menschen und die Entwicklung von dreistem Verhalten werden im tollwutfreien Mitteleuropa am wahrscheinlichsten von einer Anfütterung durch Menschen verursacht.

Anfüttern von Wölfen unbedingt verhindern

Derzeit gibt es aus dem Heidekreis in Niedersachsen Meldungen von einem Wolf, der ein unnatürlich auffälliges Verhalten zeigen soll. Für die Sicherheit des Menschen und den Schutz des Wolfes muss auch in diesem Fall rasch überprüft werden, ob der Wolf eventuell angefüttert wurde und darin die Ursache des potentiell auffälligen Verhaltens liegt.

Es ist in solchen Fällen nie ganz auszuschließen, dass auch ein Risiko für Menschen besteht. Nach Ausschöpfen aller sanfteren Maßnahmen der Vergrämung kann es als letzte Möglichkeit notwendig werden, einen Wolf zu töten, so wie es bei MT6 der Fall war. Solche Entscheidungen müssen fachlich begründet und wissenschaftlich nachvollziehbar sein und festgelegten Entscheidungsstufen folgen. Die Ausnahmeregelungen des Bundesnaturschutzgesetzes geben das her, so dass für eine Wolfstötung als letzter Ausweg bereits jetzt die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Jede Tötung muss jedoch im Einzelfall gesondert betrachtet und begründet werden. Bei der Entscheidungsfindung sollte die DBBW der zentrale Ansprechpartner sein.

Dringendste Aufgabe ist aber die Vorbeugung. Die für das Wolfsmanagement zuständigen Stellen sollten die Bevölkerung unbedingt intensiver aufklären, um unerwünschte Verhaltensentwicklungen bei Wölfen zu vermeiden. Vor allem ist das Anfüttern von Wölfen – ob nun beabsichtigt oder unbeabsichtigt – unbedingt zu vermeiden.

WELT - Stand: 20.04.2017:

SACHSEN

DEBATTE UM WÖLFE

Experten warnen vor Panikmache

Bautzen - Ein mutmaßlicher Wolfsangriff auf zwei Schafe in Großdöbschütz (Landkreis Bautzen) hat die Debatte um Wölfe neu entfacht. Das Kontaktbüro «Wölfe in Sachsen» stellte am Donnerstag klar, dass auch das Auftauchen der Raubtiere in der Nähe von Siedlungen keine Gefährdung von Menschen darstellen. «Dass Wölfe zuweilen durch Siedlungen laufen, gehört zum normalen Verhalten, wie wir es auch von anderen Tierarten wie Rehen, Wildschweinen und Füchsen kennen», teilte das Büro mit.

Die Grünen warnten: «Panikmache und Jagdfantasien tragen nicht zur Lösung der Probleme bei.» Die Stellungnahme richtete sich vor allem gegen den Bautzener Landrat Michael Harig. Er hatte am Mittwoch angekündigt, den Abschuss von Wölfen

erneut prüfen zu lassen. Anlass war für ihn der Umstand, dass die Schafe in Großdöbschütz nur etwa 50 Metern von den ersten Häusern der Ortschaft entfernt gerissen wurden. Dem Kontaktbüro zufolge waren die Tiere nur ungenügend geschützt.

«Offensichtlich scheinen dem Landrat Belange des Naturschutzes völlig egal zu sein, solange er wieder medienwirksam einen Wolf durchs Dorf treiben kann. Ohne abzuwarten, ob es sich tatsächlich um einen Wolfsriss gehandelt hat oder die Hintergründe aufzuklären, wird weiter am Märchen vom bösen Wolf gestrickt», sagte Grünen-Landeschef Jürgen Kasek.

Kontaktbüro Wölfe in Sachsen

NDR - 21.04.2017

40 tote Schafe im Heidekreis: War es der Wolf?

Mehr als 40 tote Schafe beklagt ein Züchter in Grethem im Heidekreis. Der Grund dafür ist offenbar ein Angriff durch einen Wolf. Das vermutet zumindest Landwirt Stefan Rose. Innerhalb von vier Tagen habe es zwei Attacken auf seine Tiere gegeben, sagte er. Ob es sich bei dem Angreifer tatsächlich um einen Wolf handelt, will der für Wolfsrisse zuständige Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten und Naturschutz (NLWKN) noch nicht bestätigen. DNA-Proben würden derzeit untersucht, hieß es dort.

Zwei gerissene Tiere hat Züchter Rose nach eigenen Angaben zum ersten Mal am Ostersonnabend entdeckt. Vier Tage später habe er dann wieder fünf tote Schafe entdeckt. Viele weitere hätten eingeschläfert werden müssen, weil sie durch die Attacke zu schwer verletzt gewesen seien. Andere Schafe seien in die Aller, die in unmittelbarer Nähe des Herdenplatzes fließt, gesprungen und ertrunken. Tragende Mutterschafe hätten in der Folge des nächtlichen Angriffs tote Lämmer geboren, so der Bauer. Weil die Herde bei dem Angriff auseinandergetrieben worden sei, vermisse Rose noch immer Tiere.

Auch wenn die Frage, ob es wirklich ein Wolf gewesen ist, noch nicht geklärt ist, steht für den Schäfer fest: Einige Tiere seien durch einen Kehlbiss verendet. Für Rose sind es die ersten Übergriffe auf seine Schafe. Dabei hätten die Elektonetze um seine Weide unter Strom gestanden. Am Sonntag will der Schäfer mit weiteren Weidetierhaltern aus der Region eine Mahnwache auf dem Deich zwischen Ortschaften Gilten und Norddrebber veranstalten. Außerdem will er im Wohnwagen neben seiner Herde schlafen. Der Protest drückt die Angst vieler Landwirte in Niedersachsen und die Wut vieler Halter aus: Derzeit gibt es rund 80 Wölfe im Land. Nach Angaben des Umweltministeriums in Hannover gab es im vergangenen Jahr 68 eindeutig dem Wolf zugeordnete Fälle mit insgesamt 175 getöteten Tieren, vor allem Schafe, aber auch Rinder.

Schweizer Bauer – 19.4.2017:

„Wolf beschleunigt Strukturwandel“

... Die Geschäftsführerin der Oberwalliser Landwirtschaftskammer Rosmarie Ritz: „Der hohe Schutzaufwand und die ständige Angst, seine Tiere doch zu verlieren, ist derart zermürend, dass die Betriebe auch darum zurückgehen. Mittlerweile haben wir hier schon ganze Regionen, welche die Alpung aufgegeben haben.“ ...

Handelsblatt – 21.4.2017:

MEGA-STÄLLE - Schmidt lässt Hendricks abblitzen

Die Bundesumweltministerin ist mit ihrer Initiative gegen Mega-Ställe gescheitert. Grund dafür war der Widerstand von Agrarminister Christian Schmidt.

BerlinUmwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks scheitert mit einer Initiative gegen Mega-Ställe am Widerstand von Agrarminister Christian Schmidt. Die **SPD**-Ministerin hatte im vergangenen Jahr eine Änderung des Baurechts vorgeschlagen, die es Kommunen erleichtern sollte, den Bau solcher Anlagen zu verhindern. „Es hat sich gezeigt, dass die Zustimmung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zu einem solchen Gesetz vor den Wahlen nicht mehr möglich sein wird“, schrieb Hendricks nun an ihren Kabinettskollegen von der CSU. „Dieses Ergebnis bedaure ich sehr.“ Der Brief lag der Deutschen Presse-Agentur am Freitag vor.

Hendricks verwies auf die Probleme, die Massentierhaltung verursacht: „Der Trend zu immer größeren Tierhaltungsanlagen kann sich auf die Umwelt-, insbesondere die Gewässer-, Luft- und Bodenqualität sowie auf den Klimaschutz nachteilig auswirken.“ **Ihr „Intensivtierhaltungsgesetz“, für das sie sich weiter einsetzen wolle, werde „letztlich auch die Akzeptanz von Tierhaltung stärken.“** Schmidt und Hendricks geraten regelmäßig in Streit bei Umweltfragen, welche die Landwirtschaft betreffen.

Die Umweltministerin wollte das Baurecht so ändern, dass alle Ställe ab einer bestimmten Größe nur noch gebaut werden dürfen, wenn sie ein bauplanungsrechtliches Verfahren durchlaufen, an dem Bürger beteiligt werden und in dem die Kommunen die Möglichkeit zur Lenkung haben.

hib - heute im bundestag Nr. 253 – 20.4.2017

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

Bundesrat will Änderungen am UVP-Gesetz

Berlin: (hib/SCR) Der Bundesrat hat zahlreiche Änderungen am Gesetzentwurf der Bundesregierung ([18/11499](#)) zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorgeschlagen. In ihrer Stellungnahme, über die die Bundesregierung unterrichtet ([18/11948](#)), fordert die Länderkammer unter anderem, bei Ausnahmen vom UVP-Recht bei Vorhaben der Landesverteidigung eine Entscheidung durch das Bundesverteidigungsministerium zur Voraussetzung zu machen. Dies sei aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit geboten.

In ihrer Gegenäußerung lehnt die Bundesregierung diesen Vorschlag ab. Die Übertragung auf eine beauftragte Stelle sei sinnvoll und werde bereits praktiziert. So würden im Ministerium typischerweise "Entscheidungen konzeptioneller Art getroffen", nachgeordnete Stellen seien regelmäßig für die "operative Verfahrensführung" zuständig, begründet die Bundesregierung.

Ziel des Gesetzentwurfes der Bundesregierung ist es, die gesetzliche Grundlage an europäische Vorgaben anzupassen. Darüber hinaus soll die Novelle zum Anlass genommen werden, das Bundesrecht "zu vereinfachen, zu harmonisieren und anwenderfreundlicher auszugestalten".

Oberbayerisches Volksblatt, 21.04.17: **BAUERN-DEMONSTRATION VOR DER** **SOZIALVERSICHERUNG DER LANDWIRTE IN MÜHLDFORF**

Kleine Verbände wollen mitreden

Kampf gegen die Übermacht des BBV: Vertreter von Bauernverbänden demonstrierten gestern vor der Sozialversicherung in Mühldorf. Sie warben für ihre Interessen und protestierten gegen die geplante Schließung der Geschäftsstelle. hon

Mit einer gemeinsamen Demonstration haben kleine Bauernverbände für ihr Engagement bei der bevorstehenden Sozialwahl geworben. Gleichzeitig kritisierten sie die geplante Schließung der Beratungsstelle in Mühldorf.

Mühldorf – Es war eine sehr überschaubare Gruppe, die gestern Vormittag im Schneetreiben vor der Geschäftsstelle der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau demonstrierte. Zehn Bauern als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), des Bundes der Milchviehalter (BDM) und von Bioverbänden warben um Stimmen und Beteiligung an der bevorstehenden Sozialwahl.

Bei dieser Wahl bestimmen Bauern, wer in der Vertreterversammlung über die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungskasse entscheidet.

In der Vergangenheit, kritisierte AbL-Regionalsprecher Georg Planthaler, sei das Gremium vom Bayerischen Bauernverband (BBV) dominiert worden, sehr zum Leidwesen der Demonstranten. „Der BBV vertritt nicht die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe, sondern der Agrarindustrie“, sagte Planthaler.

Die zeigte sich zum Beispiel in der „ungerechten Beitragserhebung“ zur Sozialversicherung, die kleine Betriebe benachteilige. „Sie ist nicht solidarisch und gesellschaftspolitisch nicht tragbar“, kritisierte Gertraud Gafus, die deshalb für den Landkreis Mühldorf auf der „Freien Liste Eickmeyer“ für die Sozialwahl kandidiert. Es sei nicht zeitgemäß, nur auf immer größere Betriebe zu setzen, wie es der BBV tue.

Die Überarbeitung der bestehenden Regularien zur Hofübergabe, die Aufnahme der Landwirte in das gesellschaftliche Rentensystem oder die Verhinderung der Eingliederung der Sozialberatung in den BBV sind die Forderung der Landwirte, die sich für die unabhängige Liste Eickmeyer ausgesprochen haben.

Erstmals sei die Wahl konkurrierender Verbände möglich, betonte Andreas Römmelberger aus dem Landkreis Altötting. Bisher wurde die Vertreterversammlung nach dem Prinzip der „Friedenswahl“ bestimmt, das heißt, es gab nur einen Wahlvorschlag.

[Wochenanzeiger München](#) > [Kurier Erding](#) - Artikel vom 15.04.2017: Im Preis von Saatgut ist der Nachbau nicht eingeschlossen **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft will weiter Druck gegen Nachbaugebühren machen**

Erding/Ebersberg · Wer politische Ideen umsetzen will, tut sich in der Gemeinschaft leichter. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vertritt die Interessen von Landwirten.

Die Regionalgruppe Erding-Ebersberg hat bei der Jahresmitgliederversammlung neben den turnusmäßig notwendigen Wahlen die Mitglieder wieder mit aktuellen Informationen versorgt, die auch die Verbraucher betreffen. Das Hauptreferat zum Thema »Für das Recht auf Nachbau – der Streit mit der Saatgut-Treuhand« hielt Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL und der IG Nachbau aus Lüneburg.

Seit 1999 habe kein anderes landwirtschaftliches Thema so häufig die Gerichte bis hin zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg beschäftigt wie Streitfragen beim Nachbau von Ackerfrüchten. Nachbau bedeutet, dass ein Teil der Ernte zurückbehalten wird, um Getreide erneut auszusäen oder Kartoffeln erneut zu pflanzen, um eine neue Ernte zu erzielen – ein Jahrhunderte altes Recht der Bauern. Seit Ende der 90er-Jahre verlangen die Pflanzenzüchter Auskünfte über den An- und Nachbau von Ackerfrüchten und verlangen jedes Jahr Nachbaugebühren zusätzlich zu den einmaligen Lizenzgebühren. Die AbL und die von ihr gegründete Interessengemeinschaft Nachbau wehren sich politisch und rechtlich dagegen. Der Streit spitzt sich aktuell zu.

Julia Buschmeyer vom Aktionsbündnis Vogelfrei informierte über die großen Probleme der Freilandhalter mit der Stallpflicht wegen der Vogelgrippe und stellte kenntnisreich die Ausbreitungswege über Wildvögel in Frage.

Nachbaugebühren: Streit spitzt sich zu

Zum Abschluss gab der AbL-Landesvorsitzende Josef Schmid einen Überblick über agrarpolitische Themen und rief zur Teilnahme an den Agrarsozialwahlen auf. Alle Landwirte und Grundstücksbesitzer sollten den Fragebogen zurückschicken, den sie dieser Tage erhalten haben. Nur so können sie an der erstmals bundesweiten Agrarsozialwahl teilnehmen, bei der für Bayern der bayerische Bauernverband und die Freie Liste Eickmeyer kandidieren.

Im Rahmen der Versammlung stellten sich die Kandidaten vor, die für den dreiköpfigen Sprecherrat und die vier Beisitzerposten der Regionalgruppe kandidieren. Als Sprecher gewählt wurden Elisabeth Reis aus Buch und Mathias Lohmeier aus Dorfen, beide Milchviehhalter, sowie Rosi Reindl aus Glonn, Gentechnikaktivistin und Sprecherin des Stop CETA/TTIP-Bündnisses Ebersberg.

Als Beisitzer wurden gewählt Anton Brandl, Milchviehhalter aus St. Wolfgang, Johanna Bachleitner aus Steinhöring und Johann Spitzl aus Straußendorf, ebenfalls Milchviehhalter, sowie Robert Grimm, Nebenerwerbslandwirt aus Walpertskirchen.

Die nächste Veranstaltung der Regionalgruppe zusammen mit befreundeten Verbänden ist die Vorführung des Films »Bauer unser« mit Filmgespräch am 10. Mai um 20 Uhr im Capitol-Kino in Grafing.

Saatgut als Gemeingut

Die Open-Source Lizenz als Antwort auf die zunehmende Monopolbildung bei Saatgut
15. Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum in Berlin

Termin: 26. April 2017, 18 Uhr

Ort: Magnus-Haus Berlin, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

- Eine Veranstaltung von AGRECOL, OpenSourceSeeds, Forum Umwelt und Entwicklung –

Sortenschutz auf kommerzielles Saatgut ist ein fester Bestandteil der EU-Handelspolitik, und der Patentschutz ist auf dem Vormarsch. Immer mehr Entwicklungsländer werden mit Handelsabkommen gezwungen, diese Exklusivrechte einzuführen mit schwerwiegenden Konsequenzen für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt.

Open Source ist zu einer Antwort auf die wachsende Privatisierung von Gemeingütern, den sogenannten *Commons* geworden. Nun hat eine Arbeitsgruppe von AGRECOL – bestehend aus Pflanzenzüchtern, Agrarwissenschaftlern und Juristen – einen Weg gefunden dieses *open-source* Prinzip für die rechtliche Absicherung von Saatgut unserer Kulturpflanzen zu nutzen. Die Open-Source Saatgut Lizenz erlaubt die uneingeschränkte Nutzung von Saatgut und verhindert gleichzeitig seine Privatisierung. Die Lizenz ist zudem viral, d.h. alle Weiterentwicklungen des lizenzierten Saatguts fallen ebenfalls darunter.

Damit liefert die Saatgut-Lizenz einen Gegenentwurf zu Patenten und Sortenschutz, den geistigen Eigentumsrechten die im privaten Saatgut-Sektor üblich sind. So soll neben der mächtigen privaten Saatgutwirtschaft eine zweite Säule nicht-privater, gemeinnütziger Saatgutversorgung etabliert und rechtlich abgesichert werden. Dass diese benötigt wird um

Biodiversität zu erhalten und damit Ernährungssicherheit und Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel zu ermöglichen, steht außer Frage.

Auf der Veranstaltung stellen wir den neuen Dienstleister *OpenSourceSeeds* und die erste OSS-lizenzierte Sorte – eine Tomate - der Öffentlichkeit vor. Die neu gezüchtete Tomaten-Sorte *Sunviva* in ihrer Eigenschaft als rechtlich gesichertes Gemeingut ist eine Weltneuheit.

Darum geht es beim 15. Zivilgesellschaftlichen Außenwirtschaftsforum in Berlin – informieren Sie sich, diskutieren Sie mit!

Programm:

Einlass / Registrierung 17:30 - Beginn 18:00

Begrüßung

Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung

Keynote 1

Ursula Gröhn-Wittern, Agrarkoordination, Hamburg

Keynote 2

Dr. Johannes Kotschi, AGRECOL, Marburg

Keynote 3

Dr. Bernd Horneburg, Universität Göttingen

Plenumsdiskussion mit den Referenten

Moderation: Christine Chemnitz, Heinrich Böll Stiftung

Vorstellung der Tomatensorte Sunviva

Max Rehberg, Culinaris –Saatgut für Lebensmittel

20:00 Empfang

Anmeldung erbeten an: grotefendt@forumue.de

BioHandel-online - 14.04.2017:

Bio-Eier etwas gesünder

Was lege ich meinen Liebsten ins Osternest – Bio-Eier oder konventionelle? Wer bei dieser Frage noch eine Entscheidungshilfe benötigt, kann die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung heranziehen. Ein Geflügelwissenschaftler hat nämlich beide Varianten auf ihre Qualität hin verglichen. Sein Fazit: Bio-Eier sind aromareicher und etwas gesünder, haben aber mehr Keime und weniger Dotter.

Mehr Omega-3-Fettsäuren in Bio-Eier

Maßgeblich für den Gesundheitsvorteil ist laut Prof. Dr. Michael Grashorn vom Institut für Nutztierwissenschaften der *Universität Hohenheim* die ausgewogenere

Ernährung. Frei laufende Bio-Hühner picken auf der Wiese öfter Kamille oder andere Pflanzen mit ätherischen Ölen. Durch das vermehrte Fressen von Pflanzenbestandteilen hätten Bio-Eier nicht nur öfter höhere Gehalte an Omega-3-Fettsäuren, sondern auch ein besseres Aroma, so der Wissenschaftler.

Auch habe das Eiklar von Bio-Eiern häufiger eine bessere Konsistenz. Es sei fester und gallertiger, so Grashorn, was unter anderem an dem stärker ausgebildeten Immunsystem der Bio-Legehennen liege. Nachteil der Freilandhaltung: Die Hennen bekommen etwas weniger Nährstoffe, wodurch sich der Dotteranteil verringere.

Dünne Schale, blasser Kern

Generell sei die Keimbelastung bei Bio-Eiern etwas höher, so Grashorn weiter. „Häufiger auftretende Infektionen der Legehennen führen auch dazu, dass die Schalenfarbe variabler ist. Eier aus konventioneller Bodenhaltung haben eine einheitlichere Schalenfarbe.“

Die Dotterfarbe von Bio-Eiern sei weniger intensiv und etwas blasser. „Das liegt daran, dass im Bio-Landbau keine synthetischen Farbstoffe als Futterzusatzstoffe eingesetzt werden dürfen“, so der Wissenschaftler. Die konventionelle Haltung dürfe Farbstoffe einsetzen, die Eidotter von diesen Eiern sind daher eher intensiv orange. „Das Einzige, das man mit Sicherheit an der Dotterfarbe überprüfen kann, ist: Bio-Eier mit intensiv gefärbtem Dotter sind wohl eher untergeschobene, konventionelle Eier.“

Dass die Eierschalen in diesem Jahr besonders dünn sind, habe mehrere Ursachen. Fütterungsfehler zum einen, aber auch ein höherer Anteil an älteren Legehennen als gewöhnlich. In der Regel legen Hennen über 12 bis 15 Monate Eier. Gegen Ende dieser Zeit nimmt die Schalendicke deutlich ab – weil die Hennen das Kalzium, den Baustoff der Eierschalen, im Futter schlechter verwerten können. „Die Entscheidung, ab 1. Januar nur noch Junghennen mit nicht gekürzttem Schnabel einzustallen, könnte Betriebe veranlasst haben, ihre Legehennen länger zu halten“, vermutet Grashorn.

Befürchtungen, die dünnen Schalen könnten mit der Geflügelpest zusammenhängen, entkräftet der Wissenschaftler. „Es ist zwar richtig, dass virale Erkrankungen, zum Beispiel der Atemwege, die Schalenbildung stören und so dünnschalige Eier gebildet werden. Die Aviäre Influenza H5N8 ist aber nicht der Grund für das gehäufte Auftreten dünnschaliger Eier.“

Bio-markt.info - 19.04.2017 von Leo Frühschütz:

Überdüngung im Hühner-Auslauf: Ein Problem sickert ins Bewusstsein

Die Vogelgrippe klingt langsam aus, die Bundesländer lockern die Aufstallungspflicht, viele Bio-Hennen dürfen nun endlich wieder ins Freie. Während die Tiere sich freuen, werden die endlich wieder benutzbaren Ausläufe zum Thema. Stichwort Überdüngung.

[Die taz berichtete Anfang April](#) über eine noch unveröffentlichte Studie von Jürgen Heß, Professor für Ökolandbau an der *Universität Kassel/Witzenhausen*. Er hatte mit seinen Mitarbeitern auf einem Geflügelhof in Nordrhein-Westfalen zwei Mobilställe mit je 220 Legehennen verglichen. Der eine blieb anderthalb Jahre am gleichen Platz, als wäre er ein stationärer Stall, der andere wurde fleißig bewegt. Wenn die Tiere draußen sind, lassen sie dort auch Kothäufen fallen, wegen des Stickstoff- und Phosphorgehalts eigentlich ein begehrter Dünger, der allerdings im Auslauf nicht genutzt wird. Monatliche Bodenproben zeigten, dass beim stationären Stall zwar die von der EU-Ökoverordnung zugelassene Düngermenge von 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar (kg/ha) und Jahr eingehalten wurde – bezogen auf den Gesamtbetrieb. Da sich die Hühner bevorzugt in Stallnähe aufhielten, war die Belastung allerdings sehr ungleich verteilt und die stallnahen Flächen überdüngt.

Beim konsequent und regelmäßig bewegten Mobilstall reicherte sich kein Stickstoff im Boden an. Allerdings kamen die Tiere auch immer wieder auf neue Teilstücke des Schlages, so dass jedem Huhn rechnerisch ein Auslauf von 32 Quadratmetern zur Verfügung standen, vorgeschrieben sind nur vier Quadratmeter, beim stationären Stall waren es fünf. „Wir weisen seit Jahren auf das Problem hin, dass es in den Geflügelausläufen zu einer partiellen und sehr deutlichen Überdüngung kommt“, sagte Jürgen Heß im Gespräch mit *bio-markt.info* und betonte, dass dies nicht nur für Bio-Geflügel gelte, sondern auch in der konventionellen Freilandhaltung. „Dort dürfte das Problem sogar noch größer sein, weil mehr Tiere im Stall erlaubt sind und die Betriebe insgesamt mehr Tiere halten.“

Auch kleine Herden überdüngen den Auslauf

Das Bemerkenswerte an der Studie aus Witzenhausen ist, dass es bereits bei einer kleinen Herde von 220 Tieren zu einer partiellen Überdüngung kam. [Drei Viertel aller deutschen Bio-Legehennen stehen in Betrieben mit mehr als 10.000 Tieren](#). Dort sind die Ausläufe oft so angelegt, dass sie schmal und lang sind, mit dem Ergebnis, dass die Hühner nur einen kleinen Teil der Fläche nutzen, den aber intensiv. Mit dem Kot der Tiere reichert sich der Stickstoff an und weil dort nach wenigen Wochen kein Gras mehr wächst, wird er auch nicht verbraucht, sondern sickert als Nitrat mit dem Regen in den Boden.

Neu ist das Problem nicht. Schon 2001 wies die niedersächsische Regierungskommission Zukunft der Landwirtschaft auf die Überdüngung in Stallnähe hin. [2005 untersuchte die Landwirtschaftskammer Weser-Ems](#) das Kotverhalten und die Stickstoffbelastung einer Freilandhaltung mit 4.500 Tieren. Dabei wurden im stallnahen Bereich Stickstoffeinträge festgestellt, die hochgerechnet einer Konzentration von 1.000 bis 2.000 kg/ha entsprechen würden. Bezogen auf den ganzen Auslauf war die Obergrenze von 170 kg/ha ausgeschöpft. „Ausgehend vom punktuellen Nährstoffanfall wären Maßnahmen zum Schutz des Bodens im stallnahen Bereich (vgl. ELBE, 2003) sinnvoll,“ folgerten die Autoren der Studie.

Die Tiere brauchen mehr Auslauf

Um die Überdüngung zu verringern wäre eine Möglichkeit, den Tieren mehr Auslauf zu gewähren. „Die Vorgabe von vier Quadratmetern Auslauf pro Tier ist eindeutig zu niedrig“, sagt Heß. Doch auch wenn den Tieren mehr Platz zur Verfügung stünde, müssen sie ihn erst einmal nutzen. Mit Strukturelementen wie Unterständen,

Sträuchern oder Hecken versuchen die Landwirte, die Tiere weiter hinaus ins Freie zu locken.

Doch die Erfolge sind begrenzt. „Bis zu 25 Meter geht das recht gut, haben die Ethologen, also die Tierverhaltensforscher, herausgefunden, danach wird es richtig aufwändig“, sagt Jürgen Heß. Er setzt deshalb auf Maßnahmen im stallnahen Bereich. „Das einfachste wäre eine riesige Betonplatte, die verhindert, dass der Stickstoff mit dem Regenwasser ausgewaschen wird, aber wer will so eine Platte schon?“ Holzhackschnitzel oder Kies als Einstreu verhindern zwar, dass sich in Stallnähe Schlamm und Pfützen bilden, den Stickstoffeintrag verringern sie jedoch kaum.

Auf der Suche nach Lösungen

In einer Studie zusammen mit konventionell und ökologisch wirtschaftenden Eier- Erzeugern will Heß nun nach wirkungsvollen und gut umsetzbaren Möglichkeiten suchen, die partielle Überdüngung in Stallnähe zu vermeiden. Denn für bestehenden Betriebe ist es kaum möglich, an der Anordnung von Ställen und Ausläufen etwas zu ändern. Bei Neuanlagen empfiehlt der Ökolandbau-Experte, von vorneherein darauf zu achten, dass deutlich mehr Auslauf als vorgeschrieben zur Verfügung steht und dieser wechselweise genutzt werden kann. Damit könne sich die Grasnarbe erholen. Alternativ ließen sich dort auch Pflanzen anbauen, die dem Boden Stickstoff entziehen.

Auch wenn die formelle Grenze von 170 kg/ha, die für den Betrieb als Ganzes gilt, eingehalten wird, hält Jürgen Heß es für notwendig, zu handeln: „Wir müssen verhindern, dass Nitrat ausgewaschen wird, schließlich hat der Ökolandbau den Anspruch, das Grundwasser zu schonen.“

Thünen-Institut:

Hintergrund: Die Kälber wieder bei den Müttern lassen



Kühe und Kälber gemeinsam im Stall und auf der Weide sind in der modernen Milchviehhaltung ein seltener Anblick. Meistens werden die Kälber kurz nach der Geburt von ihren Müttern getrennt und separat aufgezogen. Die muttergebundene Kälberaufzucht geht einen anderen Weg.

In den meisten modernen Milchviehbetrieben ist es heute üblich, das Kalb kurze Zeit nach der Geburt von der Mutter zu trennen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen möchte man das Kalb vor Krankheitserregern schützen, die von der Mutter übertragen werden könnten, zum anderen vertieft sich die Mutter-Kind-Beziehung je länger Kuh und Kalb zusammenbleiben. Eine Trennung nach einigen Tagen bedeutet dann Stress für alle Beteiligten (Kalb, Kuh und auch Landwirtinnen und Landwirte). Die frühzeitige Trennung verhindert allerdings auch, dass mütterliche Verhaltensweisen von der Kuh ausgeübt und das Kalb positive Zuwendungen wie das Ablecken erfahren kann.

Um den Tieren wieder mehr artgerechtes Verhalten zu ermöglichen, haben sich einige Milchviehbetriebe dazu entschlossen, die muttergebundene Kälberaufzucht zu praktizieren. Im Gegensatz zur klassischen Aufzucht, in der die Kälber von Menschen mit Milch versorgt werden, können die Kälber in der muttergebundenen Kälberaufzucht bis zum Absetzen, wenn sie schon größere Mengen Festfutter zu sich nehmen, direkt am Euter der Kuh trinken. Hierbei nehmen die Kälber große Mengen an Milch auf und bestimmen den Zeitpunkt, wann und wie oft sie trinken, zum Teil selbst. Die „Mütter“ werden weiterhin gemolken. Auch wie man mit anderen erwachsenen Tieren umgeht, um zum Beispiel Auseinandersetzungen zu vermeiden, lernen die Kälber in der muttergebundenen Haltung.

Forscher des Thünen-Instituts beschäftigen sich seit 2004 mit der Frage, wie der Kontakt von Kuh und Kalb unter modernen Haltungsbedingungen ermöglicht werden kann und ob dies Vorteile für die Tiere und die Landwirtschaftsbetriebe mit sich

bringt. Es wurde untersucht, wie sich diese Form der Aufzucht auf die Gesundheit der Kälber, die Leistungsfähigkeit der Kühe, aber auch das Verhalten der Tiere auswirkt. Die Versuche wurden immer in Kooperation mit der ETH Zürich, der VetmedUni Wien, der Universität Kassel oder der CAU Kiel durchgeführt. Inzwischen findet das Verfahren vorrangig auf Bio-Betrieben Anklang. Aber auch für konventionell wirtschaftende Betriebe könnte die muttergebundene Aufzucht eine Alternative sein. Auch wenn schon einiges untersucht wurde – eine Reihe von Fragen ist noch offen. Wir werden uns diesen Fragen widmen und hier fortlaufend über Forschungsergebnisse berichten.

Muttergebunden versus Mutterkuh – wo liegt der Unterschied?

DATEN & FAKTEN

Ein System mit vielen Gesichtern

Für die muttergebundene Kälberaufzucht gibt es kein Patentrezept. Wie das Verfahren auf dem Betrieb gestaltet wird, hängt zum einen von den stallbaulichen Gegebenheiten und zum anderen von den Vorstellungen der Landwirte ab. So haben sich mehrere Systeme entwickelt.

Profitieren Kälber mit Mutterkontakt auch als erwachsene Tiere?

Zuchtziel in der Milchkuhhaltung ist die wirtschaftliche Leistungskuh, die dank ihrer stabilen Gesundheit und guten Fruchtbarkeit über viele Laktationen nutzbar ist. Das Sozialverhalten der Kühe wird zwar noch nicht direkt in der züchterischen Arbeit berücksichtigt, jedoch trägt ein angepasster Umgang mit belastenden Situationen, wie z. B. der...

Milchgewinnung bei Kühen, die auch Kälber säugen

Kühe, die Kälber säugen, werden auch noch mit der Melkmaschine gemolken – das kennzeichnet die muttergebundene Kälberaufzucht. Die Menge der Milch, die beim regulären Maschinenmelken gewonnen werden kann, ist allerdings geringer als wenn die Kühe nur gemolken würden.

Integration in moderne Haltungsverfahren

Wie die herkömmliche Aufzucht setzt auch die muttergebundene einiges voraus: Den Kälbern müssen eine trockene, eingestreute Liegefläche, Futter und Wasser zur Verfügung stehen. Die Einbindung in das allgemeine Management sollte gut durchdacht werden.

FRAGEN & ANTWORTEN

Wissenswertes zur Milch aus muttergebundener Kälberaufzucht

Ist Milch aus muttergebundener Kälberhaltung unbedenklich? Welche Betriebe bieten das überhaupt an? Und wie viel Milch trinkt ein Kalb eigentlich an seiner Mutter? Hier finden Sie Antworten auf diese und andere Fragen.

PUBLIKATIONEN

Anzahl der Datensätze: 25

1. **Kälber T, Barth K** (2014) Practical implications of suckling systems for dairy calves in organic production systems - a review. *Landbauforsch Appl Agric Forestry Res* 64(1):45-58, [DOI:10.3220/LBF_2014_45-58](https://doi.org/10.3220/LBF_2014_45-58)
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 208 KB
2. **Barth K, Roth BA, Hillmann E** (2009) Muttergebundene Kälberaufzucht - eine Alternative im Ökologischen Landbau? *Landbauforsch SH* 326:11-20
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 212 KB
3. **Johnsen J F, Zipp KA, Kälber T, De Passillé AM, Knierim U, Barth K, Mejdell CM** (2016) Is rearing calves with the dam a feasible option for dairy farms? - Current and future research. *Appl Anim Behav Sci* 181:1-11, [DOI:10.1016/j.applanim.2015.11.011](https://doi.org/10.1016/j.applanim.2015.11.011)
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 1342 KB
4. **Wagner K, Seitner D, Barth K, Palme R, Futschik A, Waiblinger S** (2015) Effects of mother versus artificial rearing during the first 12 weeks of life on challenge responses of dairy cows. *Appl Anim Behav Sci* 164(1):1-11, [DOI:10.1016/j.applanim.2014.12.010](https://doi.org/10.1016/j.applanim.2014.12.010)
5. **Barth K, Kälber T, Brückmann C, Häußermann A, Waiblinger S** (2015) Muttergebundene Kälberaufzucht - mehr lieferbare Milch durch temporären Kalbkontakt? In: Häring AM, Hörning B, Hoffmann-Bahnsen R, Luley H (eds) Beiträge zur 13. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau "Am Mut hängt der Erfolg: Rückblicke und Ausblicke auf die ökologische Landbewirtschaftung". pp 496-497
6. **Barth K, Brückmann C, Häußermann A, Kälber T, Waiblinger S** (2015) Wirkung eines Anti-Saug-Bügels (nose flap) auf das Futteraufnahmeverhalten von muttergebunden aufgezogenen Kälbern während des Absetzens. In: Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (ed) Aktuelle Arbeiten zur artgemäßen Tierhaltung 2015 : Vorträge anlässlich der 47. Internationalen Arbeitstagung Angewandte Ethologie bei Nutztieren der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft e.V. (DVG) Fachgruppe Ethologie und Tierhaltung. Darmstadt: KTBL
7. **Zipp KA, Barth K, Knierim U** (2014) Agitation behaviour and heart rate of dairy cows with and without calf-contact during different stimuli in the parlour. *Thünen Rep* 20, Vol. 2:463-466
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 87 KB
8. **Kälber T, Hechmann T, Häußermann A, Waiblinger S, Barth K** (2014) Auswirkungen der Aufzuchtmethode auf die Stressreaktion bei der Eingliederung tragender Färsen in die Milchviehherde. *KTBL Schr* 505:76-83
9. **Barth K** (2014) Zurück zur Natur?! - viele Fragen und einige Antworten zur muttergebundenen Kälberaufzucht. In: Geßl R (ed) 21. Freiland-Tagung/26. IGN-Tagung : Kurzfassungen der Vorträge an der Universität für Bodenkultur Wien, 25.9.2014. Wien: Freiland-Verband, pp 60-64

10. **Zipp KA, Barth K, Knierim U** (2013) Herzfrequenz und Unruheverhalten von Milchkühen mit und ohne Kalbkontakt bei verschiedenen Stimulationen im Melkstand. *KTBL Schr* 503:198-207
11. **Zipp KA, Barth K, Knierim U** (2013) Milchleistung, Milchfluss und Milchinhaltstoffe von Kühen mit und ohne Kalbkontakt in Abhängigkeit von verschiedenen Stimulationsverfahren beim Melken. In: Neuhoff D, Stumm C, Ziegler S, Rahmann G, Hamm U, Köpke U (eds) Beiträge zur 12. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau : Ideal und Wirklichkeit: Perspektiven ökologischer Landbewirtschaftung . Berlin: Köster, pp 462-465
12. **Wagner K, Barth K, Hillmann E, Palme R, Futschik A, Waiblinger S** (2013) Mother rearing of dairy calves: Reactions to isolation and to confrontation with an unfamiliar conspecific in a new environment. *Appl Anim Behav Sci* 147(1-2):43-54, [doi:10.1016/j.applanim.2013.04.010](https://doi.org/10.1016/j.applanim.2013.04.010)
13. **Waiblinger S, Wagner K, Hillmann E, Barth K** (2013) Spielverhalten und Sozialverhalten von Kälbern bei muttergebundener und mutterloser Aufzucht. *KTBL Schr* 503:153-159
14. **Hillmann E, Roth BA, Johns J, Waiblinger S, Barth K** (2012) Dam-associated rearing as animal friendly alternative to artificial rearing in dairy cattle. *Landbauforsch SH* 362:181-183
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 164 KB
15. **Wagner K, Barth K, Palme R, Futschik A, Waiblinger S** (2012) Integration into the dairy cow herd: long-term effects of mother contact during the first twelve weeks of life. *Appl Anim Behav Sci* 141(3-4):117-129, [doi:10.1016/j.applanim.2012.08.011](https://doi.org/10.1016/j.applanim.2012.08.011)
16. **Zumbrunnen M, Barth K, Hillmann E** (2012) Muttergebundene Kälberaufzucht in der Schweiz. *KTBL Schr* 496:222-224
17. **Johns J, Wagner K, Waiblinger S, Barth K, Hillmann E** (2011) Hat das Saugen bei der Mutter im Vergleich zum Saugen am Tränkeautomaten für Kälber eine Entspannungswirkung? *KTBL Schr* 489:88-97
18. **Wagner K, Barth K, Waiblinger S** (2011) Muttergebundene Aufzucht in der Milchviehhaltung - langfristige Auswirkungen auf Verhalten und Wohlbefinden. In: Leithold G, Becker K, Brock C (eds) Beiträge zur 11. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau : Es geht ums Ganze: Forschen im Dialog von Wissenschaft und Praxis : Bd. 2, Tierproduktion und Sozioökonomie. Berlin: Köster, pp 138-139
19. **Barth K, Wilke K, Haeussermann A, Hillmann E, Waiblinger S** (2011) Optimierung der Milchgewinnung in der muttergebundenen Kälberaufzucht - kann der Kalbgeruch helfen? *ART SchrR* 15:63-66 (ref)
20. **Wagner K, Barth K, Johns J, Hillmann E, Waiblinger S** (2010) Muttergebundene Aufzucht bei Milchviehkälbern: Verhalten bei Konfrontation mit einem fremden Artgenossen in neuer Umgebung. *KTBL Schr* 482:40-49
21. **Barth K, Schneider R, Roth BA, Hillmann E** (2009) Auswirkungen der muttergebundenen Kälberaufzucht auf das Melkverhalten der Kühe. In: Beiträge zur 10. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau : Werte - Wege - Wirkungen: Biolandbau im Spannungsfeld zwischen Ernährungssicherung, Markt und Klimawandel ; Bd. 2: Tierhaltung, Agrarpolitik und Betriebswirtschaft, Märkte und Lebensmittel. Berlin: Köster, pp 24-27
22. **Roth BA, Barth K, Gygas L, Hillmann E** (2009) Influence of artificial vs. mother-bonded rearing on sucking behaviour, health and weight gain in calves. *Appl Anim Behav Sci* 119(3-4):143-150, [DOI:10.1016/j.applanim.2009.03.004](https://doi.org/10.1016/j.applanim.2009.03.004)

23. **Roth BA, Barth K, Hillmann E** (2008) Vergleich der muttergebundenen und der künstlichen Aufzucht bezüglich gegenseitigen Besaugens, Gesundheit und Gewichtsentwicklung bei Kälbern. KTBL Schr 471:108-115
24. **Schneider RA, Roth BA, Barth K, Hillmann E** (2007) Einfluss der muttergebundenen Aufzucht auf Milchleistung, Verhalten im Melkstand und maternales Verhalten behornter Kühe. KTBL Schr 461:48-56
25. **Barth K, Rademacher C, Georg H** (2006) Melken und Kälbersäugen - geht das? Landbauforsch Völkenrode SH 299:77-82
[PDF Dokument](#) (nicht barrierefrei) 190 KB

AGRARHEUTE - Katharina Krenn/agrarheute -18.04.2017: Ratgeber Milchvieh Vorteile der muttergebundenen Kälberaufzucht

Um einer artgerechten Haltung Rechnung zu tragen, praktizieren einige wenige Milchviehbetriebe die muttergebundene Kälberaufzucht. Das sind die Vor- und Nachteile.

In der muttergebundenen [Kälberaufzucht](#) haben die Kälber über einen Zeitraum von zwei bis drei Monaten Kontakt zu ihren Mutterkühen oder zu Ammenkühen, die mehrere Kälber säugen. Hierbei nehmen die Kälber große Mengen an [Milch](#) auf und bestimmen den Zeitpunkt, wann und wie oft sie trinken. Die „Mütter“ werden weiterhin gemolken.

Vorteile: Kälber wachsen schneller

Untersuchungen des Thünen-Instituts zufolge sind die so aufgezogenen Kälber gesünder und zeigen keine Verhaltensstörungen. Über die Muttermilch nehmen sie Immunstoffe auf, die sie weniger anfällig für Krankheiten machen. Außerdem wachsen die Kälber schneller. Auch wie man mit anderen erwachsenen Tieren umgeht, um zum Beispiel Auseinandersetzungen zu vermeiden, lernen die Kälber in der muttergebundenen Haltung.

Auch Landwirte profitieren von dieser Haltungform, da der Arbeitsaufwand geringer ist. Bestimmte Arbeiten im Kälberstall, wie das Erwärmen der Milch, das Füttern der Kälber oder das Säubern der Tränkeimer fallen weg.

Wieviel Milch 'geht verloren'?

Wie viel Milch ein [Kalb](#) durch Saugen aufnimmt, lässt sich nur indirekt durch die Wiegen-Saugen-Wiegen-Methode bestimmen. Die Wissenschaftlerin Sylvia Nicht (2005) ermittelte nach einer definierten Zwischensaugzeit von drei bis fünf Stunden in Abhängigkeit vom Alter des Kalbes Milchmengen zwischen 2,5 bis 5 Liter je Saugvorgang.

In Versuchen, bei denen jede Kuh über mehr als 90 Tage nur ihr eigenes Kalb versorgt hat und dies auch den ganzen Tag Zugang zur Mutter hatte, betrug der

Unterschied zwischen den Kontrollkühen (ohne Kalbkontakt) und den Kühen, die Kälber führten, durchschnittlich etwa 15 kg Milch je Kuh und Tag. Die 305-Tage-Leistung wies für die kalbführenden Kühe eine Minderung um zirka 1.600 kg aus.

Haltungsformen der muttergebundenen Kälberaufzucht

Für die Umsetzung der muttergebundene Kälberaufzucht gibt es verschiedene Wege:

Auf dem Versuchsbetrieb des Instituts in Trenthorst, schließt sich der Stall der Kälber direkt an den Milchviehstall an. Über ein Selektionstor kann der Zugang der Kälber zu ihren Müttern gesteuert werden. Meist haben die Kälber den ganzen Tag Kontakt zu ihren Müttern, können sich aber jederzeit auch in den separaten Kälberbereich zurückziehen.

Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellt der eingeschränkte Kontakt dar. Hierbei werden Kuh und Kalb nur für eine begrenzte Dauer (maximal eine Stunde) meist zweimal am Tag – entweder vor oder nach dem Melken – zueinander gelassen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Kälber auch in dieser kurzen Zeitspanne ihr Saugbedürfnis befriedigen können.

Andere Betriebe setzen auf Ammenkühe, die zwei bis drei Kälber säugen. Meist werden diese Kühe dann nicht mehr gemolken und die Kälber können den ganzen Tag bei ihren Ersatzmüttern bleiben.

Eine weitere Möglichkeit ist eine Kombination aus mutter- und ammengebundener Kälberaufzucht. Die jungen Kälber kommen mit ihrer Mutter in eine „Mutter-Kind-Gruppe“, in der jede Mutter auch noch zwei weitere Fremdkälber aufzieht. Kommt eine Kuh mit ihrem frisch geborenen Kalb dazu, verlässt eine Kuh, die schon länger dabei ist, die Gruppe. So muss sich das Kalb zwar früh von seiner Mutter trennen, kann aber weiter bei einer Amme trinken.

Mit Material von Thünen Institut/oekolandbau.de

WELT - Antje Hildebrandt | 20.4.2017:

AGRAR-STREIT

Hardcore-Veganerin geht auf Gülle-Bauern los

"Was für'n Vollpfosten!": Ein Bauer aus Schleswig-Holstein wollte gerade sein Feld mit Gülle düngen, als eine Veganerin begann, ihn wüst zu beschimpfen
Quelle: Facebook/Arbeiten in der Landwirtschaft Facebook/Arbeiten in der Landwirtschaft

Ein Bauer aus Schleswig-Holstein wird von einer Veganerin beschimpft, weil er Gülle auf sein Feld bringen will. Das Video wird im Internet zum viralen Hit. Bauern werden oft bepöbelt. Warum nur?

Nennen wir ihn Bauer Harms. Bauer Harms will seinen richtigen Namen nicht sagen. Der Streit über die Gülle ist ihm unangenehm. Er steht nicht gern im Rampenlicht. Aber da kommt er jetzt so schnell nicht wieder heraus. Bauer Harms hat seinen Hof in Schleswig-Holstein, er ist auf Rindviecher spezialisiert. Kühe machen Mist, den Mist verteilt er mit dem Güllewagen auf seinen Feldern.

Das ist kein Vergnügen, nicht für Bauer Harms und auch nicht für die Anwohner. Diese braune Brühe riecht eben, wie Gülle riecht – und nicht nach dem Eau de Toilette No. 5 von Chanel. Ihre Nitrate sickern irgendwann ins Grundwasser. Und in Schleswig-Holstein enthält sie mehr Nitrate, als die EU erlaubt.

Regelmäßig muss sich Bauer Harms deshalb beschimpfen lassen. Er kennt das schon. *Business as usual*. Doch was ihm jetzt passiert ist, das hat sogar Bauer Harms empört – und mit ihm Hunderttausende Facebook-Nutzer.

Laute Schimpfkanonade

Eine Spaziergängerin, Mitte fünfzig, Sonnenbrille, rote Mütze, Barbour-Jacke, stellt sich ihm in den Weg, als er die Gülle auf sein Feld fahren will. Es ist keine Anwohnerin, er hat sie hier noch nie zuvor gesehen. Sie beschwert sich auch nicht über den Gestank.

"Drecksbande seid ihr!": Der Bauer blieb ruhig, als ihn die Spaziergängerin mit der roten Mütze beschimpfte – und filmte den verbalen Angriff mit seinem Handy
Quelle: Facebook/Arbeiten in der Landwirtschaft Facebook/Arbeiten in der Landwirtschaft

Nein, es stinkt ihr, dass er als Landwirt Fleisch produziert. Sie selber esse nämlich nur Biosalat, sagt, nein kreischt sie. Ach, sagt er da. Und wie düngt man den? Darauf weiß sie keine Antwort. Aber ihre Schimpfkanonade wird noch einige Dezibel lauter.

„Kein Mensch braucht, was ihr produziert. Ihr macht alles kaputt. Schnallt ihr das nicht? Komm ma’ runter und zeig ma’ deine Kiepe von deiner Milch und Fleischfresserei. Sind deine Kinder auch schon so dick? Was für ’n Vollpfosten! Wühl mal weiter! Irgendwann kannst du sagen: ‚Ich habe hier alles zu Schande geritten.‘ Drecksbande seid ihr!“

Andere an seiner Stelle wären vor Wut geplatzt, doch Bauer Harms bleibt ruhig, ganz ruhig. Er filmt den Wutausbruch der Frau und lädt ihn auf Facebook hoch, in einem geschlossenen Forum für Landwirte.

Beschimpfungen nehmen zu

Seine Kollegen sind Beschimpfungen gewohnt. Aber einen Auftritt wie den der Hardcorevegängerin haben auch sie noch nicht erlebt. Nils, ein junger, medienaffiner Kollege spielt ihn einer Facebook-Seite zu, die lustige Cartoons und Videos aus der Landwirtschaft veröffentlicht. Nach 17 Stunden hat das Video über eine Million Zuschauer erreicht.

Inzwischen wurde der Clip entfernt; Bauer Harms ist aber schon längst zum Held des Tages geworden. Interviews will er trotzdem keine geben. Der Rummel hat ihn überrascht. Fremde Menschen gratulieren ihm dafür, dass er so besonnen reagiert hat.

Für die Hardcoreveganerin hagelt es virtuelle Kopfnüsse. „Ich glaub, die braucht mal ein ordentliches Schnitzel“, ätzt ein User. Ein anderer fragt sich belustigt, ob das Videomaterial für eine neue RTL-Doku ist: „The Beauty & The Beast“.

Glückwünsche bekommt der Mann, den wir Bauer Harms nennen, auch vom Bauernverband Schleswig-Holstein. Das Bundesland ist das Land mit dem höchsten Anteil an Agrarfläche, 70 Prozent werden von der Landwirtschaft genutzt. Bauer Harms habe sich toll geschlagen, sagt der stellvertretende Generalsekretär des Verbands, Michael Müller-Ruchholtz.

Bio-Salat ist dank Gülle bio

Ihn hat das Video von dem Wutausbruch der Hardcoreveganerin nicht überrascht. Er sagt, Beschimpfungen in der Landwirtschaft hätten leider zugenommen, besonders im Zusammenhang mit Gülle. Meistens beschwerten sich Anwohner über den Gestank.

Dass der Protest jetzt aus der Veganerecke kommt, wundert den Generalsekretär aber nicht. Er sagt, vielen Menschen fehle ein Grundverständnis für die landwirtschaftliche Zusammenhänge. Dass Biosalat deswegen bio sei, weil er mit Gülle gedüngt werde, sollte doch eigentlich Allgemeinwissen sein.

Doch mit Logik komme man bei solchen Wutbürgern eben nicht weiter. Aufklärungsarbeit ist gefordert, am besten über das Internet. Der Verband bietet seinen Mitgliedern inzwischen Social-Media-Seminare an. Möglicherweise hat er Bauer Harms damit ermutigt, den Fall öffentlich zu machen.

Bizarre Blüten

Dabei kann das Internet auch zum Boomerang werden. Das bekam ein anderer Milchbauer im März zu spüren. Auf einer eigenen Facebook-Seite wollte er für Ferien auf seinem Bauernhof werben. Ein Bild zeigte seinen Sohn. Er trank ein Glas Milch – frisch vom Hof.

Einige Tage später wollte der Mann seine Seite wieder löschen – aus Angst um das Leben seines Kindes. Militante Veganer hatten im Internet zur Hetzjagd auf die Familie geblasen.

„Ich wünsche Euch, Ihr werdet vergewaltigt und man verarbeitet Eure Kinder zu Fleisch“, schrieb jemand unter das Foto des Milch trinkenden Sohnes. Nach nur einer Stunde hatten 1700 Menschen das Foto kommentiert – mehr oder weniger aggressiv. Die Familie erstattete Anzeige. Sie fühlt sich seither nicht mehr sicher. Sie spricht von einer „Kampagne gegen Landwirte“.

So weit würde der Generalsekretär des Bauernverbandes zwar nicht gehen. Aber er sagt, die zunehmende Entfremdung von der Landwirtschaft treibe schon bizarre Blüten. Und hanebüchenem Unsinn könne man nur mit Aufklärung begegnen.

LINK:

https://www.agrarheute.com/news/landwirt-filmt-veganerin-kein-mensch-braucht-produziert?utm_campaign=ah-newsalarm&utm_source=agrarheute&utm_medium=newsletter&utm_term=2017-04-20-13

BfR - 14/2017, 18.04.2017:

Wichtige Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes immer noch weitgehend unbekannt

BfR veröffentlicht vierten Verbrauchermonitor zur Wahrnehmung gesundheitlicher Risiken

Fragt man Verbraucherinnen und Verbraucher nach den aus ihrer Sicht größten gesundheitlichen Risiken, so sind dies nach wie vor Rauchen, Klima- bzw. Umweltbelastung, ungesunde oder falsche Ernährung sowie Alkohol. Erst danach werden auch ungesunde oder belastete Lebensmittel sowie mögliche Probleme genannt, die sich durch die Landwirtschaft ergeben können. Dies ist ein Ergebnis des vierten BfR-Verbrauchermonitors, einer repräsentativen Umfrage des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR). Obwohl eine knappe Mehrheit der Befragten der Ansicht ist, dass die Qualität und Sicherheit unserer Lebensmittel eher zunehmen bzw. gleich bleiben, sorgen Themen wie Antibiotikaresistenzen, gentechnisch veränderte Lebensmittel und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln weiterhin für Beunruhigung in der Öffentlichkeit. „Es zeigt sich aber nach wie vor, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auch Risiken unterschätzen, die aus Sicht der Risikobewertung wichtig sind, wie z.B. Pyrrolizidinalkaloide im Tee, Acrylamid in Lebensmitteln oder die Lebensmittelhygiene im eigenen Haushalt“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. Weitgehend unbekannt ist den Menschen in Deutschland eine neue, derzeit in der Wissenschaft intensiv diskutierte Methode zur Genveränderung - das sogenannte „Genome Editing“.

Als repräsentative Befragung von über 1.000 Personen liefert der BfR-Verbrauchermonitor in halbjährlichem Abstand Antworten auf die Frage, wie die Bevölkerung Themen aus dem Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wahrnimmt.

Wie schon im Vorjahr sehen Verbraucherinnen und Verbraucher Rauchen als größtes gesundheitliches Risiko an, gefolgt von der Klima- bzw. Umweltbelastung und einer ungesunden Ernährung sowie Alkohol. Ungesunde oder belastete Lebensmittel werden in dieser offenen Befragung nur von knapp jedem Zehnten als

Risiko genannt, gleiches gilt für Probleme, die sich durch die Landwirtschaft ergeben können. In einer gestützten Abfrage gaben auch knapp mehr als die Hälfte der Befragten an, dass die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln eher zunimmt bzw. gleich bleibt.

Verbraucherinnen und Verbraucher sind weiterhin über Antibiotikaresistenzen und die angenommenen Risiken durch gentechnisch veränderte Lebensmittel sowie Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln beunruhigt. Dies sind zusammen mit dem Thema Lebensmittelbetrug/-fälschung auch die Themen, die die Bekanntheitskala in einer gestützten Abfrage anführen. Beim Bekanntheitsgrad von Gesundheits- und Verbraucherthemen zeigen sich nach wie vor große Unterschiede. Während das Thema Glyphosat in Lebensmitteln vermutlich durch die große Präsenz in den Medien im Vergleich zur Vorjahresbefragung deutlich aufgeholt hat und nun der Mehrheit der Befragten ein Begriff ist, hat nur ein gutes Drittel der Befragten bereits etwas von Pyrrolizidinalkaloiden in Kräutertees und Tees gehört. Auch ist nur ein sehr geringer Teil der Befragten über dieses Thema beunruhigt, obwohl deren gesundheitsschädigendes Potenzial wissenschaftlich unbestritten ist. Ebenfalls relativ unbekannt ist die in der Wissenschaft derzeit diskutierte neuartige Methode des „Genome Editings“ zur zielgerichteten Veränderung des Erbguts, die auf dem letzten Platz der Bekanntheitskala rangiert.

Ein Thema, dem aus wissenschaftlicher Sicht von Verbraucherinnen und Verbrauchern deutlich zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist die Lebensmittelhygiene zu Hause. Über sie ist wie schon in den Vorjahren in der gestützten Abfrage nur eine kleine Minderheit beunruhigt. Im Gegensatz dazu sind 34 % über die Lebensmittelhygiene in der Gastronomie besorgt.

Die Sicherheit von Produkten wie Textilien, Spielzeug und Kosmetika betrachten die Befragten mit Skepsis. So bewertet knapp die Hälfte der Befragten Textilien und Spielzeug als nicht sicher, bei Kosmetika ist der Anteil etwas geringer. Die Sorge um die Sicherheit von Spielzeug hat aber im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

Das Vertrauen in den Staat, die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schützen, ist zwar etwas geringer als im Vorjahr, jedoch nach wie vor beim Großteil der Bevölkerung gegeben. Fragt man nach der generellen Einstellung zum gesundheitlichen Verbraucherschutz, so wünscht sich nach wie vor eine knappe Mehrheit mehr staatliche Maßnahmen zum Schutz vor gesundheitlichen Risiken. Für ein gutes Drittel wäre die Bereitstellung von wissenschaftlich gesicherten Informationen zur eigenen Entscheidungsfindung ausreichend. Nur ein Zehntel der Befragten glaubt, auch ohne staatliche Einrichtung gesundheitliche Risiken einschätzen zu können.

Die Ergebnisse des aktuellen Verbrauchermonitors zeigen, wie wichtig es ist, Erkenntnisse und überprüfbare Resultate aus der Forschung stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Mit diesem Ziel haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum March for Science aufgerufen, der weltweit am 22. April 2017 stattfindet. In 14 deutschen Städten, darunter Berlin, finden Kundgebungen statt, um für wissenschaftlich fundierte Fakten und gegen postfaktische Auffassungen als Diskussionsgrundlage öffentlicher Debatten zu demonstrieren.

Über das BfR

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ist eine wissenschaftlich unabhängige Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Es berät die Bundesregierung und die Bundesländer zu Fragen der Lebensmittel-, Chemikalien- und Produktsicherheit. Das BfR betreibt eigene Forschung zu Themen, die in engem Zusammenhang mit seinen Bewertungsaufgaben stehen.

In diesem Jahr feiert das BfR sein 15-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass hat das BfR eine Jubiläumsbroschüre herausgegeben, die unter <http://www.bfr.bund.de/de/publikation/broschueren-660.html> kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden kann.

March for Science am 22. April 2017 in Berlin: <http://marchforscienceberlin.de/>

NZZ - Volker Pabst, Delhi 19.4.2017: Indiens Gegensätze haben Bestand

Das Indienbild des Westens wandelt sich. Der wirtschaftliche Aufstieg weckt grosse Erwartungen. Innenpolitische Entwicklungen sollten aber nicht ausser acht gelassen werden.

Es zeugt nicht von sonderlicher Originalität, wenn man Indien als Ort der Gegensätze bezeichnet. Das Land ist von schwer zu erfassender Diversität. Es gibt kaum eine Tradition, kaum eine Lebensrealität unter den 1,3 Milliarden Bewohnern, die nicht in einer anderen Tradition, einer anderen Lebensrealität ihren Widerspruch findet. Auch dem oberflächlichsten Beobachter sticht diese Widersprüchlichkeit ins Auge. Dennoch möchte auch ich zwei Gegensätze beschreiben, der eine ist wirtschaftlich, der andere politisch. Beide sind vereinfacht und vereinfachend, erlauben es aber, auf einige Herausforderungen im heutigen Indien einzugehen.

Bilder der Rückständigkeit, des menschlichen Leids haben lange Zeit die westliche Vorstellung von Indien geprägt: Lepra und Hunger, die Slums von Kolkata, [Mutter Teresa](#) und die bittere Armut auf dem Land. Immer häufiger drängen sich heute aber andere Bilder vor das geistige Auge: die Glastürme im Geschäftsviertel von Mumbai, die Callcenter in Bangalore, die Pharmaindustrie von Hyderabad. Indien gilt als vielversprechender Zukunftsmarkt, als aufsteigende Grossmacht.

Indische Aufholjagd

Tatsächlich legt Indien ein beeindruckendes Wachstum an den Tag. Trotz Vorbehalten gegenüber den Regierungszahlen gibt es zurzeit kaum eine grosse Volkswirtschaft weltweit, die so schnell und zuverlässig expandiert wie Indien. Dass man dabei [auch China hinter sich lässt](#), wird in Indien mit unverhohlenem Stolz deklariert. Verschwiegen wird dabei meist, dass die chinesische Wirtschaft bei etwa gleich grosser Bevölkerung fünfmal grösser ist als die indische.

Denn Indien wächst nicht nur sehr schnell, sondern hat auch einen riesigen Aufholbedarf. Das Land hatte 1979 ein tieferes Durchschnittseinkommen als Rwanda oder Malawi. 2014, fast ein Vierteljahrhundert nach den ersten Liberalisierungsschritten, belegte das Land auf

der Rangliste des Internationalen Währungsfonds noch immer den 142. von 185 Plätzen. Um ins globale Mittelfeld vorzustossen, müsste das Einkommen verdreifacht werden, dann erst wäre Indien auf dem Niveau von Thailand. Dies dürfte mindestens eine Generation dauern. Indien ist immer noch ein armes Land oder, besser gesagt, [ein Land mit grosser Armut](#). Und das wird auch noch lange so bleiben. Doch dazu später.

Dessen ungeachtet ist das Vertrauen in eine bessere Zukunft, in den wirtschaftlichen Aufstieg unerschütterlich. Diese Zuversicht ist Kapital und Bürde zugleich für Premierminister Narendra Modi. Mehr als jeder andere stellt er sich als die Kraft dar, die das Potenzial des Landes auszuschöpfen vermag. Dabei hilft ihm sein wirtschaftlicher Leistungsausweis als Regierungschef im Gliedstaat Gujarat ebenso wie der Überdruß [an der zunehmend handlungsunfähigen Kongresspartei](#), der grössten Oppositionskraft.

Um sein Versprechen einer besseren Zukunft einzulösen, mit dem er 2014 zum Premierminister gewählt wurde, muss Modi vor allem Arbeitsplätze schaffen. Hunderte von Millionen leben noch immer in Subsistenzwirtschaft. Vom chinesischen Beispiel inspiriert, will Modi Indien zur Werkbank der Welt machen. Dafür braucht es Investitionen und Know-how, beides muss auch aus dem Ausland kommen, [deshalb treibt die Regierung die Öffnung der Wirtschaft voran](#). Sektoren werden für ausländische Investoren geöffnet, Bewilligungsverfahren vereinfacht. Dies ist dringend nötig, denn die indische Bürokratie ist voller grotesker Fallstricke. Wenn ein Kind ausländischer Eltern in Indien bereits mit wenigen Wochen eine erste Busse bekommt, weil die Geburt nicht ohne Verstoß gegen die Visabestimmungen vonstattengehen kann, ist das eher komisch als tragisch. Dass es in 139 Staaten der Erde leichter ist, ein Unternehmen zu gründen, als in Indien, hat aber ernsthafte Konsequenzen. Obwohl Modis Team bereits einiges erreicht hat, geht es vielen nicht schnell genug. Vielleicht waren die Erwartungen aber auch unrealistisch hoch.

Grundsätzlich weist die Wirtschaftspolitik der indischen Regierung in die richtige Richtung. Premierminister Modi weiss das hohe internationale Interesse an Indien geschickt zu nutzen: Bei jedem Vertragsabschluss drängt er selbstbewusst [auf Produktions- und Technologieverlagerungen](#). Man ist kein Bittsteller mehr und weiss das auch.

Mit China nicht zu vergleichen

Sowohl in der eigenen als auch in der Fremdwahrnehmung gilt Indien als zweites China, was den wirtschaftlichen Aufstieg anbelangt. Die Ausgangslage ist aber sehr verschieden. Erstens ist in einem heterogenen und demokratischen Land wie Indien – und das meine ich durchaus positiv – ein radikaler und dadurch immer auch rücksichtsloser Umbau der Wirtschaft nicht im gleichen Masse möglich wie im Reich der Mitte.

Zweitens kommt Indien eine Generation zu spät, um Chinas Entwicklungspfad eins zu eins nachvollziehen zu können. Dort wurden Hunderte von Millionen Menschen durch einfache Produktionstätigkeiten aus der landwirtschaftlichen Armut in bescheidenen Wohlstand gehoben. Das ist jedoch ein Phänomen der Vergangenheit. Die internationalen Investoren kommen heute nach Indien wegen des grossen Heimmarkts, wegen reichlich verfügbarer, gut ausgebildeter und dennoch vergleichsweise günstiger Ingenieure. [Unqualifizierte Fließbandarbeit werden auch in Indien Roboter übernehmen](#).

Zudem steht Indien vor einer gewaltigen demografischen Herausforderung. In wenigen Jahren wird die Bevölkerung Indiens jene Chinas zahlenmässig überholen, bis Ende des Jahrhunderts soll das Land 1,8 Milliarden Einwohner zählen. Bereits heute drängt jeden Monat eine Million Menschen auf den Arbeitsmarkt, 12 Millionen sind es im Jahr. Dieses Heer von Arbeitssuchenden wird auf absehbare Zeit nicht vollständig zu absorbieren sein.

Die indische Mittelschicht wird grösser. Die Kaufkraft wächst, der Markt wird für einheimische wie internationale Firmen immer interessanter. Das heisst aber noch lange nicht, dass die Armut verschwindet. Die riesigen Wohlstandsunterschiede werden noch lange die Lebensrealität prägen. Gekoppelt mit Umweltproblemen wie Wassermangel und [Luftverschmutzung](#), werden sie vielleicht sogar noch an Schärfe gewinnen.

Das ist eine Herausforderung für jede Regierung. Die erwähnte Erwartungshaltung gegenüber dem Aufstieg macht es nicht einfacher. Und deshalb ist die Zuversicht auch eine Bürde – Modi hat das erkannt. [Im jüngsten Jahresbudget](#) wurden die Subventionen und andere Unterstützungsprogramme für die arme Landbevölkerung stark ausgebaut. Ein regierungsnahes Gremium von Ökonomen hat sich sogar wohlwollend zu einem bedingungslosen Grundeinkommen geäussert. Auch eine wirtschaftsliberale Regierung kommt in Indien nicht ohne grosszügige Sozialpolitik aus. [Die Verwerfungen der kontroversen Bargeldentwertung](#) haben diese Notwendigkeit noch erhöht.

Neben diesen Wohltaten für jene, an denen der Aufschwung vorerst vorbeigehen wird, setzt die Regierung noch auf eine andere Strategie, um sich die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten zu sichern. Und das bringt uns zum zweiten Gegensatz, den ich ansprechen möchte.

Die Hoffnungen, die im Ausland in Narendra Modi gesetzt werden, sind wirtschaftlicher Natur. Seine Bharatiya Janata Party (BJP) verfolgt nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine nationalistische Agenda. Die Ideologie der Hindutva, zu der sich viele Denker und Anhänger der Partei bekennen, betrachtet Indien als Land der Hindus. Andere Religionsgemeinschaften, allen voran die etwa 180 Millionen Muslime, haben zwar auch Platz im Land, doch wird von ihnen erwartet, dass sie ihren Lebenswandel an die Mehrheit anpassen. Das heisst zum Beispiel, [dass der Rindfleischkonsum für alle Bewohner des Landes verboten sein soll](#), obwohl die Kuh nur im Hinduismus als heiliges Tier verehrt wird.

Der Kommunalismus, wie die Aufteilung der Gesellschaft entlang religiöser Bruchlinien in Indien genannt wird, ist kein neues Phänomen. Der blutigste Ausbruch fand 1947 statt, als der Subkontinent von den britischen Kolonialherren getrennt in Indien und Pakistan in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Die grösste Massenvertreibung der Geschichte, die mindestens eine Million Menschen das Leben kostete, war die Folge. Auch die lange staatstragende Kongresspartei instrumentalisierte die Religions- und Kastenidentitäten zur Wählermobilisierung. Dennoch findet man in muslimischen Kreisen, das Phänomen habe seit Modis Amtsantritt eine neue Dimension erreicht.

Besorgniserregender als [die chauvinistischen Kommentare und die isolierten Gewaltausbrüche](#) gegen Minderheiten, die es immer gab, ist deren stillschweigende Duldung durch die Regierung. Narendra Modi ist zwar zurückhaltender als die BJP-Hitzköpfe, aber er verurteilt deren Hetzreden nicht. Dies bringt ihm den Vorwurf der stillschweigenden Billigung ein. Insbesondere die Muslime misstrauen dem Premierminister. Als Modi noch Regierungschef in Gujarat war, kam es dort zu den schwersten antimuslimischen Pogromen der letzten Jahrzehnte. [Modis Rolle dabei wurde nie restlos geklärt](#).

Die Polarisierung nimmt zu

Solange ihr dies Wahlerfolge sichert, wird die BJP weiter auf die nationalistische Karte setzen. Dies haben die Wahlen in Uttar Pradesh, dem grössten und wichtigsten Gliedstaat Indiens, unlängst deutlich gemacht. Die Partei hat dort einen haushohen Sieg eingefahren und fast 80 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Obwohl die Partei das Gegenteil behauptet, war dafür nicht allein die entwicklungspolitische Agenda der BJP ausschlaggebend. Viele Kandidaten gingen recht unverhohlen mit antimuslimischen Parolen auf Stimmenfang. Dass [ein als Scharfmacher bekannter Hindupriester](#) zum Regierungschef

ernannt wurde, verstärkt den Eindruck, dass die Polarisierung unter der BJP eher zu- als abnimmt. Noch gibt es kaum eine islamistische Radikalisierung in Indien. Die Gefahr, dass eine Hindu-nationalistische Regierungspolitik [die muslimische Minderheit zunehmend entfremdet](#), ist aber real.

Modi profitiert auch persönlich vom jüngsten Wahlsieg seiner Partei und startet mit Rückenwind in die zweite Hälfte seiner Amtszeit. Der Premierminister ist auf absehbare Zeit unangefochten der starke Mann der indischen Politik – das lässt ihn mit Zuversicht auf die nationalen Wahlen 2019 blicken. Sowohl die wirtschaftspolitische wie auch die nationalistische Agenda der BJP dürften die Regierungspolitik auf Jahre hinaus prägen. Die internationale Aufmerksamkeit wird sich weiter auf den wirtschaftlichen Aufstieg richten, die innenpolitischen Entwicklungen werden nur am Rande wahrgenommen. In dieser Hinsicht erinnert der westliche Blick auf das heutige Indien in gewissem Sinne an jenen, den man vor zehn oder fünfzehn Jahren auf die Türkei, auf Brasilien oder auf Russland warf. Das heisst nicht, dass Indien ein Abstieg in den Autoritarismus droht, die demokratischen Ausgleichskräfte sind intakt. Doch die innenpolitischen Entwicklungen verdienen die gleiche Aufmerksamkeit wie die wirtschaftlichen Chancen, die das Land bietet.

Indien modernisiert sich in gewaltigem Tempo. Die Wirtschaftsentwicklung bietet viele Möglichkeiten, für Hunderte von Millionen wird sich das Leben verbessern. Doch der für europäische Verhältnisse schwer vorstellbare Graben zwischen Arm und Reich wird nicht verschwinden. Und die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften dürften zunehmen. Ob dies zu mehr Instabilität führen wird oder ob Indien auch diese Herausforderung ohne Schaden übersteht, lässt sich nicht abschliessend beantworten. Doch so viel ist gewiss: Indien wird ein Land der Gegensätze bleiben.

Dies ist der gekürzte Text eines Vortrages, den NZZ-Indienkorrespondent Volker Pabst am 6. April am NZZ Podium zum Thema «Indien – ein aufsteigender Player» gehalten hat.

Filmtipp: LION



L I O N
DER LANGE WEG NACH HAUSE



Von [Garth Davis](#)

Mit [Dev Patel](#), [Rooney Mara](#), [Nicole Kidman](#) [mehr](#)

[Zum Trailer](#) [Kinoprogramm](#)

INHALTSANGABE & DETAILS

FSK ab 12 freigegeben

Mit fünf Jahren wird der kleine indische Junge Saroo (Sunny Pawar) von seiner Familie getrennt, woraufhin er sich schließlich tausende Meilen von Zuhause entfernt und verwaist in Kalkutta wiederfindet. Nach dieser beschwerlichen Odyssee nehmen ihn Sue (Nicole Kidman) und John Brierley (David Wenham) auf, ein wohlhabendes australisches Ehepaar, das ihn in ihrer Heimat wie seinen eigenen Sohn aufzieht. Doch seine Wurzeln hat Saroo nie vergessen und so macht er sich als junger Mann (nun: Dev Patel) mit Hilfe seiner trüben Erinnerungen und Google Earth auf die Suche nach seiner wahren Mutter. Während seiner Reise in die eigene Vergangenheit hofft er endlich auf jenes Dorf zu treffen, das sich mit seinen Erinnerungen ans Vergangene deckt...

Basiert auf dem „Vanity Fair“-Artikel „A Home At The End Of Google Earth“.

LINK:

“Report of the Special Rapporteur on the right to food“

A/HRC/34/48 - 24. January 2017

UN-Dokument-ID: GE.17-01059

“UN-Sonderbericht - Das Recht auf Nahrung“

Deutsche Fassung

Weiterführende Links:

[DEUTSCHE ÜBERSETZUNG](#)

[Original englisch \(UN-Server\)](#)

[Mirror](#)

Tags: UN A/HRC/34/48 - G1701785-DE - deutsch

TIEFENBLICK: Landwirtschaft

Am Sonntag, 23.4., startet eine vierteilige Radio-Feature-Reihe „Tiefenblick: Landwirtschaft und die Folgen“.

Vier Mal eine halbe Stunde, an vier Sonntagen, jeweils morgens um 8:05 und abends eine Wiederholung um 22.30.

Wer Lust hat auf Radiohören, findet hier alle Details:

<http://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/tiefenblick/landwirtschaft-ressourcen-folgen-100.html>

19.04.17 SWR2 Wissen: CRISPR/Cas in der Landwirtschaft - Die Gen-Schere verändert die Pflanzenzucht

<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/landwirtschaft-gentechnik/-/id=660374/did=19170570/nid=660374/1wi3ced/index.html>

Monsanto und die Macht des Soja

Großgrundbesitz, soziale Ungleichheit und Schwächung der Demokratie in Paraguay

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/7S2UA/monsanto-und-die-macht-des-soja/

Veranstaltungsort

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Salon

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Zeit

26.04.2017, 19:30 - 21:30 Uhr

Diskussion mit Heike Hänsel (MdB, die LINKE), Miguel Lovera (ehem. Vorsitzender der staatlichen Saatgutbehörde Paraguays), Gerhard Dilger (Büroleiter der RLS in São Paulo); Moderation: Ferdinand Muggenthaler (Referent für Südamerika der RLS).

Drei Prozent der Bevölkerung kontrollieren über 85 Prozent des Agrarlandes in Paraguay. Dort wächst vor allem von Monsanto patentiertes Gensoja. Das kleine südamerikanische Land ist der viertgrößte Sojaexporteur der Welt. Die meisten Exporte gehen in die EU.

Über die Vorherrschaft des internationalen Agrobusiness und den Schaden für die Demokratie, das soziale Gefüge und die Umwelt in Paraguay diskutieren Miguel Lovera, Gerhard Dilger und die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Heike Hänsel. Welche Macht übt die Agrarlobby in Paraguay aus? Welche Rolle spielt Paraguay in der Rechtsentwicklung in Lateinamerika? Welche Verantwortung tragen deutsche Unternehmen, insbesondere nach der Übernahme von Monsanto durch Bayer? Was kann die Linke in Paraguay und Deutschland der Macht des Agrobusiness und ihren politischen Verbündeten entgegensetzen? Das Gespräch wird moderiert von Ferdinand Muggenthaler, Referent für Südamerika der Rosa-Luxemburg -Stiftung.

Miguel Lovera war während der Präsidentschaft Fernando Lugos, der 2012 durch ein Amtsenthebungsverfahren abgesetzt wurde, der Vorsitzende der staatlichen Saatgutbehörde und setzte sich für strengere Regulierungen für den Einsatz von Pestiziden ein. Er gilt als einer der wichtigsten Spezialisten für das paraguayische Agrargeschäft und die negativen Folgen des massiven Einsatzes von genmanipulierten Produkten und Pestiziden.

Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, beschäftigt sich als Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Auswärtigen Ausschusses und der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe mit lateinamerikanischen Politik. Als linke Politikerin liegt ihr Augenmerk unter anderem auch auf der Verantwortung deutscher Unternehmen und Entwicklungsbanken für bestehende Konflikte und Ungleichheitsstrukturen.

Gerhard Dilger, langjähriger Auslandskorrespondent in Lateinamerika, beschäftigt sich als Leiter des Regionalbüros der RLS in São Paulo seit mehreren Jahren mit der Macht internationaler Agrokonzerne in Südamerika und den damit verbundenen politischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen, insbesondere in den Projektländern Argentinien, Brasilien und Paraguay.

Ferdinand Muggenthaler ist Referent für Südamerika der RLS in Berlin.

Zum Hintergrund:

Paraguay gehört weltweit zu den Ländern mit der höchsten Landkonzentration: Dem Großteil der Bevölkerung stehen nur sechs Prozent des Agrarlandes zur Verfügung, für den kleinbäuerlichen Anbau und um den Eigenbedarf zu decken. Dagegen kontrollieren weniger als drei Prozent der Bevölkerung über 85 Prozent des Agrarlandes. Diese Konzentration von Grund und Boden in den Händen einiger Weniger steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der international steigenden Nachfrage nach Fleisch und Agrarprodukten – insbesondere Soja. Das relativ kleine südamerikanische Land ist in den letzten Jahrzehnten zum viertgrößten Sojaexporteur der Welt aufgestiegen. Über die Hälfte des Ackerlandes wird für den Anbau des „grünen Goldes“ verwendet. Die meisten Exporte gehen in die EU.

Die Dominanz der für den Export bestimmten Monokulturen hat nicht nur direkte negative Auswirkungen auf die Landbevölkerung. Auch die Ernährungssouveränität wird durch die wachsende Abhängigkeit von Importen stark eingeschränkt. Darüber hinaus hat der massive Einsatz von Pestiziden verheerende Folgen für Mensch und Umwelt. Dabei sind die kaum vorhandenen Einschränkungen für den Einsatz von Agrochemikalien sowie die extrem geringen steuerlichen Verpflichtungen für Agrarexporteure Zeugnis der Macht, die Großgrundbesitzer und multinationale Konzerne wie Monsanto in Paraguay besitzen.

Das Ausmaß dieser Macht erfuhr Fernando Lugo, zwischen 2008 und 2012 Präsident Paraguays, am eigenen Leib: Nachdem er durch Sozialreformen und Maßnahmen zur Unterstützung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Oligarchie des Landes bereits gegen sich aufgebracht hatte, führte seine Verweigerung, genetisch veränderte Mais-, Baumwoll- und Sojasorten zu genehmigen, zum Eklat. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurde er am 22. Juni 2012 in einem „kalten

putsch“ im Schnellverfahren vom Parlament aus dem Amt gedrängt. Sein Nachfolger Federico Franco genehmigte bereits eine Woche später den Import genetisch veränderter Baumwollpflanzen und in den darauffolgenden Monaten den weiteren sieben Sorten von Genmais und Gensoja.

Deutsche Unternehmen profitieren in zweierlei Hinsicht unmittelbar vom vorherrschenden Wirtschaftsmodell Paraguays: Zum einen erwirtschaften sie als zweitwichtigster Abnehmer der paraguayischen Sojaexporte hohe Gewinne. Dabei setzen sie auf Gensoja, welches zu hundert Prozent von Monsanto patentiert ist. Zum anderen hat sich das deutsche Unternehmen Bayer durch den Kauf von Monsanto die Dominanz auf dem Agrarweltmarkt gesichert.

Kontakt

Birte Keller

Projektmanagerin Andenländer (Vertretung für Kirsten Frangenberg), Rosa-Luxemburg-Stiftung

E-Mail: birte.keller@rosalux.org

Telefon: +49 30 44310 442

Interessante Links:

<http://www.handelsblatt.com/technik/hannovermesse/wearables-fuer-tiere-japans-coole-kuehe/19693090.html>

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-04/vorpommern-schafe-schlachtung-illegal-fluechtlinge-ueberland-d17/komplettansicht>

<http://www.taz.de/Bio-Lebensmittel!/5398272/>

<http://www.taz.de/Kaninchenfleisch-in-Deutschland!/5401086/>

<https://www.boell.de/de/konzernatlas>

www.kritischer-agrarbericht.de

https://provieh.de/downloads_provieh/images/provieh_magazin_2017_01.pdf

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/landwirtschaft-fordert-wegen-ernterueckgang-einen-systemwechsel-14690355.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/zukunft-der-pestizide-immer-schnellere-chemie-resistenzen-mindern-die-ernten-14708404.html>

http://www.deutschlandradiokultur.de/landwirtschaft-in-der-krise-der-bauer-in-der.976.de.html?dram%3Aarticle_id=3836064

„BUNTE LANDSCHAFTEN – VIELFALT VS. CHEMIE. WEGE ZU EINER PESTIZIDARMEN LANDWIRTSCHAFT“

24. April 2017, 13.30 – 16.30 Uhr

Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus

u. a. mit **Dr. Anton Hofreiter MdB**, Fraktionsvorsitzender, **Harald Ebner MdB**, Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik, **Dr. Jutta Klasen**, Umweltbundesamt, **Prof. Dr. Erik Gawel**, Helmholtz Zentrum für Umweltforschung, **Martin Häusling MdEP**, Sprecher für Umwelt und Agrarpolitik, zugeschaltet **Prof. Hilal Elver**, UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung beim UN-Menschenrechtsrat und weiteren ExpertInnen.

Das Geschäft mit Pestiziden ist profitabel. Die deutschen Pestizidhersteller konnten die letzten Jahre in Folge Rekordzuwachsrate vermelden. Dem stehen massive Kosten und Schäden gegenüber, die der Einsatz von Pestiziden - trotz Anwendungsaufgaben und „Guter Fachlicher Praxis“ - für Menschen, Tiere und Umwelt mit sich bringt.

Denn Ackergifte treffen längst nicht nur die Lebewesen, gegen die sie eingesetzt werden. Sie schädigen sowohl Wildkräuter als auch Insektenbestände und rauben damit vielen Tierarten im Agrarökosystem die Nahrungsgrundlage. Heute leben 50 Prozent weniger Vögel als noch vor 30 Jahren in den Kulturlandschaften Deutschlands; Pestizide gelten auch als wesentliche Ursache für massive Rückgänge bei Bestäubern wie Bienen, Hummeln und Schmetterlingen. Jüngste Studien gehen von bis zu 80% Rückgang aus. Nicht zuletzt landen Pestizidrückstände in Grund- und Oberflächenwasser – und finden sich in unseren Lebensmitteln wieder.

Die Bundesregierung sorgt mit ihrer Politik dafür, dass der Großeinsatz von Pestiziden auf unseren Äckern weitergeht. Das ist verantwortungslos. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit von Pestiziden auflösen.

Aber wie kommen wir dahin? Wie schaffen wir die Wende hin zu einer grünen Landwirtschaft mit weniger Gift? An welchen Konzepten, existierenden Beispielen und wissenschaftlichen Erkenntnissen können wir uns dabei orientieren? Und welche politischen Stellschrauben müssen wir dafür justieren?

Wir freuen uns darauf, diese Fragen mit Ihnen zu diskutieren.

Weitere Informationen zum Fachgespräch finden Sie [hier](#). Die [Online-Anmeldung](#) ist bis zum 20. April 2017 möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verkehr

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

TEL 030/227 51460 | FAX 030/227 56911

dazu:

AbL: Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich!

AbL fordert „gut-fachliche“ Ackerbau-Strategien gemäß „integriertem Landbau“

Nach der neuen Beurteilung des Total-Herbizids Glyphosat durch die EU-Chemikalien-Agentur ECHA als „nicht krebserregend“ fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) weitere, wirklich unabhängige Studien zu Glyphosat-Risiken und ruft zugleich auf zu einer faktenbezogenen Diskussion über wirkungsvolle ackerbauliche Strategien einer massiven Einsatz- Reduzierung dieses Wirkstoffs.

Das ECHA-Gutachten werde von Umweltgruppen zwar als nicht konzern-unabhängig bewertet, dennoch seien dadurch die Aussichten auf ein Verbot oder eine Nichtverlängerung der Zulassung von Glyphosat deutlich geringer geworden. Trotzdem habe die – in Teilen durchaus auch überspitzte – Glyphosat-Kritik von Umweltverbänden zu einem deutlichen Problembewusstsein in der Gesellschaft und auch bei Landwirten geführt. Diese Debatte müsse nun verstärkt fortgesetzt werden – gerade auch in Richtung auf eine massive Einschränkung des Einsatzes von Glyphosat.

Die AbL verwies darauf, dass sich diese Minimierungs-Strategie beileibe nicht auf nur ein Verbot des Glyphosat-Einsatzes bei der Sikkation, also bei der Abtötung von erntereifen Getreidebeständen zur Ernteerleichterung, beziehen könne. **Es müsse nun dringlich eine Rückbesinnung erfolgen auf die „gute fachliche landwirtschaftliche Praxis“ und auf bewährte ackerbauliche Strategien eines ernst gemeinten „integrierten Landbaus“ - der chemischen Pflanzenschutz nur dann erlaube, wenn wirklich alle anderen Maßnahmen eines guten im konventionellen Ackerbaus nicht mehr helfen.** Dazu gehöre unbedingt eine vorbeugende Verhinderung und Reduzierung von Problem-Unkräutern und –Ungräsern durch vielfältigere und weitere Fruchtfolgen, durch Bodenbearbeitung und mechanische Unkrautregulierung, durch andere Aussaat-Termine und Pflanzenbestands-Führung oder durch Reduzierung des Unkraut-Lichtangebots durch weniger chemische Halmverkürzung. Es gelte insbesondere, die durchaus boden- und klimaschonende Minimal-Bodenbearbeitung auch ohne chemische Beseitigung des Aufwuchses umzusetzen – also ohne gelb tot-gespritzte und akzeptenzschädliche Flächen in der Landschaft.

Dies alles, so die AbL, müsse durch Beratung und auch durch rasche Aufnahme entsprechender Regeln in die EU-Förderprogramme abgesichert werden. **Ernsthaft zu prüfen sei auch die Einführung einer Pflanzenschutz-Steuer, deren Höhe spezifisch nach Risiken und externen Folgen der einzelnen Pflanzenschutzmittel festgelegt werde – und deren Steuereinnahmen unbedingt und vollständig in die Landwirtschaft zurückfließen müssten, zur Förderung obiger Maßnahmen und zum Ausgleich von Kostennachteilen.** Nur in besonderen Fällen werde dann auch noch Glyphosat eingesetzt werden, so AbL-Vertreter Eckehard Niemann, etwa zur umbruchlosen und deshalb klimaschonenden Erneuerung geschädigter Grasnarben auf Grünlandstandorten.

Es ist laut AbL zu erwarten, dass mit dem Ende des bislang sehr umfangreichen Glyphosat-Einsatzes dann auch die weitverbreitete Besorgnis über die gesundheitlichen Folgen dieses Herbizids deutlich eingegrenzt werden könnten. AbL-Vertreter Niemann: „Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich – wenn Bauern und Bürger das gemeinsam anpacken!“ 15.3.2017

VEN-Nachrichten:



VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN E.V Hausmannstraße 9 - 10 | 30159 Hannover
fon 0511 - 391650 | fax 0511 - 391675 | info@ven-nds.de | www.ven-nds.de

»ven nachrichten 2/2017

AKTUELLES AUS NIEDERSACHSEN UND DER EINEN WELT

Den Hunger überwinden – Ein Paradigmenwechsel ist notwendig

Zur Konferenz EINEWELT ohne Hunger ist möglich. Die Zukunft des ländlichen Raums am 27. Und 28.4. in Berlin hat der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) eine Stellungnahme zur sogenannten Berlin-Charta des BMZ veröffentlicht. Die Stellungnahme macht deutlich, an welchen Stellen die in der Charta vorgeschlagenen Maßnahmen konkretisiert und auch ergänzt werden müssen, damit sie auch tatsächlich die ländliche Entwicklung in Afrika voranbringen und dabei besonders den ärmsten und verletzlichsten Gruppen zugutekommen.

http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO-Stellungnahme_Berlin-Charta_Deutsch_Final.pdf

Deutschland bleibt größter Empfänger seiner eigenen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung hat nach Angaben der OECD das internationale Ziel von 0,7 Prozent bei der Entwicklungsfinanzierung erreicht – doch der Schein trügt. Tatsächlich sind über ein Viertel der vermeintlichen Entwicklungsgelder Ausgaben im Inland. Die gesamte Pressemitteilung zum Download unter: <http://venro.org/presse/>

VENRO Positionspapier zur Bundestagswahl

Der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe legt in seinem Positionspapier „Für Weltoffenheit, Solidarität und Gerechtigkeit!“ dar, welche Ziele aus ihrer Sicht in acht zentralen Handlungsfeldern in der nächsten Legislaturperiode politisch angegangen werden müssen. Sie fordern unter anderem globale solidarische Kooperation und Partnerschaften. Das gesamte Positionspapier finden Sie [hier](#).

VENRO-Factsheet zur deutschen G20-Präsidentschaft

Mit dem [Factsheet](#) zur deutschen G20-Präsidentschaft bietet der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) einen Überblick über die Entstehung, Struktur und Arbeitsweise der G20 sowie über die Rolle und Funktion der G20 Engagement Groups. Außerdem werden die wichtigsten Termine bis zum G20-Gipfel in Hamburg im Juli aufgeführt.

Entwicklungsverbände rufen zu Nachhaltigkeit und Solidarität auf

Anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge (25. März) und angesichts der anstehenden Wahlen in diesem Jahr warnen VENRO und die

entwicklungspolitischen Dachverbände aus vier weiteren EU-Staaten gemeinsam vor nationaler Abgrenzungspolitik. Sie rufen ihre künftigen Staats- und Regierungschefs zur Verteidigung der Menschenrechte und internationaler Solidarität auf. Hier die [Pressemeldung](#).

Zivilgesellschaft fordert Kurswechsel der G20 im Kampf gegen globale Ungerechtigkeit

Anlässlich des zweiten „Sherpa“-Treffens der G20 in Frankfurt bekräftigen zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen Welt ihre gemeinsame Forderung nach einer neuen Politik der G20. Auf dem Treffen bereiten die G20-Beauftragten der Regierungschefs den Gipfel der Gruppe der 20 vor, der Anfang Juli in Hamburg stattfindet. Die gemeinsame Pressemitteilung vom Forum für Umwelt und Entwicklung und VENRO finden sie [hier](#).

Syrienkonflikt: Humanitäre Hilfe in belagerte Städte lassen, Täter zur Verantwortung ziehen

Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) veröffentlicht eine Pressemeldung zum sechsten Jahrestag des Syrienkonflikts (15. März) und fordert den dauerhaften und sicheren Zugang für humanitäre Helfer zu den Menschen in allen belagerten Gebieten Syriens. Gleichzeitig muss der Druck auf bewaffnete Akteure erhöht werden, die in Syrien weiterhin massiv das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechte verletzen. [Hier](#) die gesamte Pressemeldung.

VENRO fordert: „Einwanderung entwicklungspolitisch denken!“

Mit Blick auf die im September 2017 stattfindenden Bundestagswahlen hat die Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz für Deutschland an Dynamik gewonnen. In der bisherigen Diskussion kommen jedoch entwicklungspolitische Aspekte zu kurz. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) fordert daher in ihrem [Standpunkt](#) „Einwanderung entwicklungspolitisch denken!“ einen Rahmen für die Einwanderung zu schaffen, der entwicklungspolitische Ziele kohärent berücksichtigt.

Zweite Auszeichnungsrunde im Rahmen des Weltaktionsprogramms BNE gestartet

Die Deutsche UNESCO-Kommission zeichnet gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung Lernorte, Netzwerke und Kommunen für eine besonders gelungene Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung aus. Noch bis zum 31. Mai können sich Vereine, Netzwerke und Institutionen, die sich auch für eine Verstärkung und Vernetzung von BNE einsetzen um eine Auszeichnung bewerben. Mehr Infos: <http://www.bne-portal.de/de/bundesweit/auszeichnungen>

UNESCO-Dokument "Education for Sustainable Development Goals. Learning Objectives"

Anfang März 2017 hat die UNESCO das Dokument "Education for Sustainable Development Goals. Learning Objectives" veröffentlicht. In diesem wird dargelegt, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zum Erreichen der "Sustainable Development Goals" (SDGs) beitragen kann. Während die Förderung von BNE ein wesentliches Ziel des SDG 4 ist, hat sie auch eine große Bedeutung für alle anderen 16 SDGs. Download hier: <http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002474/247444e.pdf>

Eine-Welt-Promotor*innen-Programm

Eine Welt-Promotor*innen bewegen. Mit Engagierten vor Ort setzen sie sich für eine global nachhaltige Entwicklung ein. Im eigenen Land gehen sie mit kreativen Ideen und Mut neue Wege. Denn Klimawandel, Ressourcenknappheit und Wirtschaftskrisen sind Herausforderungen, die Umdenken und entschlossenes Handeln im Alltag erfordern. Derzeit stoßen mehr als 130 Promotor*innen Prozesse durch Beratungs-, Vernetzungs- und Qualifizierungsmaßnahmen an und entwickeln und unterstützen Aktionen und Kampagnen für verschiedene Zielgruppen. Praxisbeispiele aus 2017 finden Sie [hier](#).

[Zurück zur Übersicht](#)

INFOS LAND

Positionspapier der Landesregierung „Fluchtursachen bekämpfen“

Sowohl mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien als auch mit der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen will die Landesregierung zur Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung beitragen und mit diesen zwei Instrumenten einen Beitrag zur Bekämpfung und Prävention von strukturellen Fluchtursachen leisten. Mehr dazu hier: http://www.stk.niedersachsen.de/themen/europa_internationales/relaunch_2016/europa_internationales/entwicklungszusammenarbeit/fluchtursachen-bekaempfen-153057.html

Projekte zur Fluchtursachsenbekämpfung

Projektvorhaben zur Fluchtursachsenbekämpfung, die sich insbesondere auf das nördliche Afrika und auf Länder der Fluchtruten beziehen, können beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz eingereicht werden. Entsprechende Projektanträge nimmt das Ministerium bis zum 15.7.2017 unter folgender [Mailadresse](#)

Tagung „Inlandsarbeit zur Bekämpfung von Fluchtursachen“

Am 28.08.2017 plant der Runde Tisch Fluchtursachenbekämpfung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz eine Tagung, die den Fokus auf die Inlandsarbeit legen soll und sich insbesondere mit den eigenen Handlungsmöglichkeiten in Niedersachsen zur Bekämpfung von Fluchtursachen beschäftigt. Damit wird der Dialog auf Landesebene zum Thema Fluchtursachen fortgeführt und knüpft an die im Dezember 2016 durchgeführte Tagung an. [Mehr Informationen](#)

Netzwerk Ökolandbau Schleswig-Holstein

Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg e.V.

Neue Termine auf Leitbetrieben des Netzwerkes

Die Saison startet mit neuen Veranstaltungen auf den Leitbetrieben des Netzwerkes.

26. April, 10-12:00 Uhr in Bosau/Braak:
Hofführung auf dem Demeter
Milchviehbetrieb der Familie Iding, Acker- und Futterbau, Milchviehhaltung, Melkroboter, Weidegang und Kurzrasenweide
Begehung der Ackerbohnenbestände

10. Mai, 10-12:00 Uhr in Schwartbuck: Hofführung auf dem **Schweinemastbetrieb Schumacher** (Naturland-Betrieb), Schweinemast, Acker- und Futterbau, Schafe, Raps, Fruchtfolge und Bodenfruchtbarkeit

16. Mai, 10-12:00 Uhr in Weserdeichstrich: Innovative Hacktechnik im Öko-Getreide- und Gemüsebau, Hofführung auf dem **Bioland Betrieb Langmaak**
Kulturführung von Bio-Industriegemüse Kohl, Erbsen, Möhren, Spinat sowie Pflanzkartoffeln, Weizen und Hafer

Weitere Informationen finden Sie in unserem Terminkalender auf www.oekolandbau-sh.net.
Neue Termine werden laufend eingestellt.

24.04.2017

Muttergebundene Kälberhaltung in Forschung und Praxis

Die muttergebundene Kälberhaltung wird vom Verbraucher als besonders tierwohlgerichte Haltungsform bewertet. Hinter dem...

Westerau | Thünen Institut für Ökologischen Landbau

30.04.2017

Film "Bauer unser" – anschließend Podiumsdiskussion mit Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck und BUND SH

Robert Schabus. Ö 2016. 92 Min. Dokumentation
„Ein Liter Milch ist billiger als ein Liter Mineralwasser.“ bringt ein...

Kiel | Die Pumpe e.V.

06.05.2017

Exkursion: Ökoregion Schinkel

Ein Plädoyer für den ökologischen, kleinbäuerlichen Landbau. Mit dem Fahrrad erkunden

wir die Region südlich von Gettorf...

Wird eine Woche vorher bekanntgegeben |

10.05.2017

Hofführung auf dem Schweinemastbetrieb Schumacher, Leitbetrieb des Netzwerks Ökolandbau SH

Schweinemast, Acker- und Futterbau, Schafe, Raps, Fruchtfolge und Bodenfruchtbarkeit (Naturland-Betrieb)

Eine Anmeldung...

Schwartbuck | Hannes Schumacher

13.05.2017

Höfe-Tour „Solidarische Landwirtschaft Schinkeler Höfe“

Höfebesichtigungen, geführt von Teilnehmerinnen der Solawi
Treffpunkt: 14 Uhr Parkplatz am Grünen Weg in Eckernförde
(14:30...)

Eckernförde / Schinkel |

16.05.2017

Innovative Hacktechnik im Öko-Getreide- und Gemüsebau, Hofführung auf dem Bioland Betrieb Langmaak

Kulturführung von Bio-Industriegemüse Kohl, Erbsen, Möhren, Spinat sowie Saatkartoffeln, Weizen und Hafer

Eine Anmeldung...

Westerdeichstrich | Gebrüder Langmaack GbR

**Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg Netzwerk
Ökolandbau Schleswig-Holstein**

Monika Friehl / Dr. Susanne Fittje

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL

Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.
Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de